

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen, Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 2,40 M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeitspaltel oder deren Raum 6,00 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 5,00 Mark, Reklamen 30,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 161.

Donnerstag, den 13. Juli 1922.

29. Jahrgang.

Schutzgesetz und Regierungsfrage.

Dr. L. Lübeck, 13. Juli.

In dem gestrigen Leitartikel beschäftigten wir uns mit den Verhandlungen über das Schutzgesetz und der damit eng verknüpften Frage einer Reichstagsauflösung. Wir schrieben dabei den Satz nieder: „Und zurzeit ist die Lage doch so, daß Sozialdemokratie und Unabhängige Sozialdemokratie taktisch übereinstimmen, also als Ganzes gewertet werden müssen.“

Wir setzten also dabei voraus, daß wir in der gegenwärtigen Lage nur Seite an Seite mit den Unabhängigen für die Republik und die Gesetze zu ihrem Schutze eintreten würden. Daß ein solches Verhalten unserer Reichstagsfraktion schließlich den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung zur Folge habe, oder eine Regierungskrise herbeiführen muß, ist selbstverständlich.

Nun hat aber vor einigen Tagen unsere Reichstagsfraktion den bekannten Beschluß „gegen die Volkspartei“ gefaßt, und dabei die Unabhängigen mit keinem Wort erwähnt. Daraus zogen die bürgerlichen Koalitionsparteien den Schluß, daß die Sozialdemokraten ihre enge Zusammenarbeit mit den Unabhängigen aufgeben wollten; die bürgerliche Presse sprach auch diese Hoffnung nach ihrem Wiedereintritt ziemlich deutlich aus.

In weiten Kreisen der Arbeitnehmerorganisationen, die die bekannten gemeinsamen Forderungen unterzeichnet haben, entstand dadurch eine mißtrauische Unruhe. Die Vorstände der sozialistischen Parteien, der Gewerkschaften usw. traten daraufhin zu einer gemeinsamen Beratung zusammen, um die Stellungnahme zu der gegenwärtigen Lage zu klären. Es handelte sich dabei zunächst um die Ausgestaltung des Schutzgesetzes, das von Lesung zu Lesung mehr verwaschert wird. Und dann wurde als Hauptpunkt die sozialdemokratische Forderung der Regierungserweiterung nach links besprochen.

Ueber das Ergebnis dieser Besprechung meldet der Sozialdemokratische Parlamentsdienst:

Die Vorstände des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes, der Sozialdemokratischen und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei traten am Mittwoch nachmittag im Reichstag zu neuen Beratungen zusammen, in der die gesamte politische Lage einer eingehenden Aussprache unterzogen wurde. Angehts der bisher unzureichenden Ausgestaltung der republikanischen Schutzgesetzgebung wurden starke Bedenken geltend gemacht, ob die sozialdemokratischen Parteien bei den Schlußabstimmungen für die vorliegenden Entwürfe stimmen können. Durch das Scheitern der Vorlagen würde aber die Reichstagsauflösung unvermeidlich werden. Von den Vertretern der Sozialdemokraten wurde erklärt, daß ihre Partei niemals daran gedacht habe, ihre Forderung zur Schaffung einer entscheidenden republikanischen Mehrheit durch Eintritt der Unabhängigen in die Regierung zurückzustellen. Diese Forderungen beständen unverändert fort.

Der Reichskanzler setzte den Reichspräsidenten von diesen Tatsachen sofort telephonisch in Kenntnis und gab der Bitte auf schnellste Rückkehr des Reichspräsidenten Ausdruck.

Der letzte Satz dieser Meldung beweist, daß man in Regierungskreisen mit einer Krise wenigstens rechnet. Wenn der Reichskanzler den Reichspräsidenten bittet, nach Berlin zu kommen, so kann das doch nur zwei Gründe haben: Entweder man verzweifelt an der Möglichkeit der Durchführung des Schutzgesetzes und will den Reichstag auflösen; oder man will den bekannten großen Einfluß des Reichspräsidenten auf alle Reichstagsparteien mit Ausnahme der Kommunisten und Deutschnationalen geltend machen, um die drohende Krise abzuwenden.

Sicher ist also, daß in den Wandelgängen des Reichstages und in den Fraktionszimmern Krisenluft weht. Und aus der Ferne hat man ungefähr den Eindruck, daß die Sozialdemokratie nach einigem Zögern die unbedingte Führung in der Koalition an sich gerissen hat, während die bürgerlichen Koalitionsparteien in beinahe wider Abwehr nur noch nach Mitteln Ausschau halten, wie sie eine Reichstagswahl verhindern können, ohne doch in der Frage des Schutzgesetzes der beiden sozialistischen Parteien allzu große Zugeständnisse zu machen. Zentrum und Demokraten tanzen im Kreise wie wider Karussellpferde; vorn und hinten sind sie angebunden und ihre Bemühungen drehen zwar den Wagen der Regierung um und um, aber von der Stelle können sie sich nicht bewegen.

Je mehr die bürgerlichen Linksparteien durch ihr ewiges Spiel nach beiden Seiten sich schwächen und festfahren, umso stärker wird die Stellung der sozialdemokratischen Parteien. Und ob Reichstagsauflösung oder nicht, eine Verschlebung des Schwergewichts in der jetzigen oder in eine kommende Regierung ist unausbleiblich. Schon als Folge der Massenfundgebung und der hergestellten Einheitsfront aller Sozialisten!

Unser Berliner Dienst spricht in einem längeren Bericht von zwei Möglichkeiten des Weiterkommens. Er sagt darin unter anderem:

„Brennend wird die Frage der Regierungsumbildung erst, wenn über das Schicksal der Regierungsvorlagen entschieden ist. Sehen sich die beiden sozialdemokratischen Parteien zum Schluß genötigt, die Vorlagen in der Gestalt, die sie durch die Beschlüsse des Reichstags angenommen haben, abzulehnen, dann ist eine große Regierungskrise und Auflösung des Reichstages unvermeidlich. Gleichgültig, wie das Uebergangsmministerium dann aussieht, unter dem die Wahlen vollzogen werden, wird die eigentliche Regierungsfrage erst nach dem Ausfall der Wahlen entschieden werden können.“

Ganz anders gestaltet sich das Bild, wenn die beiden sozialdemokratischen Parteien zum Schluß zu der Ueberzeugung kommen, daß die getroffenen gesetzlichen Maßnahmen zur Not gerade noch ausreichen und deshalb angenommen werden können. Dann wird die Frage der Ausführung entscheidend und damit die Frage, wie die Regierung aussehen soll, die mit der Ausführung betraut wird. Eine Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses im Reichskabinett würde dann den republikanisch gesinnten Arbeitermassen das Vertrauen geben, daß bei der Durchführung der Gesetze geschehen werde, was zum Schutze der Republik notwendig ist. Die Forderung der Sozialdemokratischen Partei nach dem Eintritt der Unabhängigen in die Regierung wird dann mit größter Entschiedenheit geltend gemacht werden.“

Eins steht also fest: die Sozialdemokratie besteht heute noch so fest wie am ersten Tage auf ihren Forderungen zum Schutze der Republik und auf der Einbeziehung der Unabhängigen in die Regierung. Vielleicht wird sie auf dem Wege dieser Forderungen noch manchen mächtigen Widerstand finden. Sie braucht deshalb, wie an den beiden großen Dienstagen, die fortwährende Unterstützung der Arbeitermassen. Sei es für einen kommenden Wahlkampf, sei es als Druckmittel auf die Regierung.

Werden diese Arbeitermassen wirklich ihre Pflicht tun? Wir vertrauen fest darauf. Und doch! wieviele Arbeiter stehen noch beiseite? Wann werden auch diese Gleichgültigen, Launen eintreten in die Reihen der Kämpfer für die Republik und die Freiheit?

Wann wird auch der letzte Arbeiter Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sein? Und wann wird in jedem Arbeiterhaus der „Volksbote“ gehalten werden?

Proletarier, tut auch darin Eure Pflicht!

Abbruch der Haager Konferenz.

Haag, 12. Juli.
Ueberraschend ist heute die Haager Konferenz in ein recht kritisches Stadium getreten. In diesem Augenblick besteht nur noch ganz geringe Aussicht auf Fortsetzung der Konferenz. Die Gründe für diesen plötzlichen Zusammenbruch muß man mehr außerhalb der Konferenz als in ihr selbst suchen. Unter diesem Zeichen fand heute die Sitzung statt, in der auch die Engländer sehr scharfe Fragen stellten und deutlich zeigten, daß unter den obwaltenden Umständen ihre Interesse an der Fortführung der Verhandlungen gleich Null sei. Es findet nun noch morgen eine Sitzung der Unterkommission für Kredite statt. Wahrscheinlich aber wird das negative Ergebnis der heutigen Sitzung der Unterkommission für Privatbesitz zum unmittelbaren Anlaß für den Abbruch der Verhandlungen dienen. — Bei dem Presseempfang heute abend hat Litwinow sich in scharfen Worten über die Art beklagt, wie die richterlichen Kommissionen einen Abbruch der Verhandlungen gewaltsam herbeiführen.

Dollarsturz: 450 Mark.

Der Rückgang am Devisenmarkt nahm heute äußerst scharfe Formen an. Während der Dollar in den Vormittagsverkehr zwischen den Banken mit 505 gehandelt wurde, setzte er an der Börse mit 468 ein und ging im Verlaufe der ersten Börsensunde unter heftigen Schwankungen bis auf 450 zurück.

Ein dreijähriges Moratorium?

Durch die überstürzten innerpolitischen Vorkommnisse der letzten Wochen sind die außenpolitische Ereignisse in der Öffentlichkeit sehr in den Hintergrund getreten und nicht in gebührender Weise gewürdigt worden. Lediglich die Reichsregierung hat hinter den Maßnahmen, die zur Konsolidierung der Innenpolitik notwendig waren, außenpolitische Interessen nicht zurücktreten lassen und ihr Möglichstes getan, um auch in bezug auf die Reparationsfrage notwendige Abänderungen zu erzielen. Entsprechende Schritte unternahm das Reichskabinett bei den maßgebenden Entente-Regierungen unter dem Hinweis, daß Erleichterungen in der Reparationsangelegenheit wesentlich zu einer Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse beitragen würden und daß nicht zuletzt der ständige Druck der Ententemächte, durch endlose Forderungen, der seit Jahren auf das deutsche Volk ausgeübt wird, den Geist heraufbeschwor, der letzten Endes zur Ermordung Rathenaus führte. Die fortgesetzten Besprechungen von Vertretern der Reichsregierung mit maßgebenden Politikern der Entente werden voraussichtlich ihre Wirkung nicht verfehlen. Hinzu kommt, daß auch der italienische Außenminister Schanzer, der vor wenigen Wochen nach London reiste, und dort längere Zeit verweilte, sich u. a., genau wie in Genua, für eine Aenderung der Reparationspolitik der Entente im Interesse der alliierten Mächte einsetzte.

Nach gebührenden Vorbereitungen und Besprechungen im Auslande stellt die deutsche Regierung bekanntlich einen Moratoriumsantrag, der am Dienstag nachmittag die Reparationskommission beschäftigte. Der englische Delegierte Bradbury machte gemäß dem Auftrage seiner Regierung Vorschläge, nach denen Deutschland

ein zwei- oder dreijähriges Moratorium

für alle Verzinsungen bewilligt werden soll. Auch für die Sachleistungen sind weitgehende Ermäßigungen vorgesehen. Bradbury betonte u. a., daß die Reparationskommission unverzüglich erkennen lassen müsse, daß sie die Schwierigkeiten, mit denen Deutschland zu kämpfen hat, anerkennt und zu einer Hilfsaktion entschlossen ist. Dies müßte dadurch geschehen, daß die Kommission die am 15. Juli fällige Zahlung nicht in Anspruch nähme, sondern sich damit einverstanden erklärt, daß die Summe in der Berliner Reichsbank zur Verfügung der Kommission bereit gehalten wird. Von den Einzelheiten des Bradburyschen Vorschlages ist bemerkenswert, daß Deutschland von den am 15. Juli fälligen 50 Millionen Goldmark nicht nur die Zahlungen der luxemburgischen Regierung für deutsche Kohlen und des amerikanischen Zersilververbandes für deutsche Farbstoffe, sondern entgegen dem bisherigen Brauch auch die Zinsen des Reserverfonds der Reparationskommission abziehen kann, sobald die Summe, die Deutschland zu zahlen oder zur Verfügung halten soll, nur noch rund 32 Millionen Goldmark beträgt. Diese vorgeschlagene und angenommene Reduktion der Juli-Rate ist noch am Dienstag abend in später Stunde durch ein offizielles Communiqué der Reparationskommission bekannt gemacht worden. Ein offizieller Beschluß der Reparationskommission über die weitere Entwicklung der Reparationsfrage soll erfolgen, sobald das Garantiekomitee aus Berlin zurückgekehrt ist.

Leider hat der Vertreter Frankreichs, Dubois, getreu der bisherigen Haltung der französischen Regierung, bei allen Reparationsbesprechungen seine Stimme nicht für die vorläufige Juli-Stundung gegeben, während die Vertreter aller übrigen Mächte sich der von Bradbury vorgeschlagenen vorläufigen Regelung angeschlossen. Nach der Auffassung, die in den Kreisen des zurzeit in Berlin weilenden Garantiekomitees vorherrschend ist, kann man mit der endgültigen Annahme des Bradburyschen Vorschlages, also einem zwei- oder dreijährigen Moratorium rechnen. Solange ein endgültiger Beschluß über die Stundung nicht gefaßt ist und die zweifellos hieran zu knüpfenden Bedingungen nicht bekannt sind, erscheint bei der Beurteilung der gesamten Sachlage weitgehende Zurückhaltung angebracht.

Reichstag.

319. Sitzung. Mittwoch, 12. Juli, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht als vierter Punkt die Interpellation der Deutschen Volkspartei über die Tunnelle in Marburg am 4. Juli 1922, die aus Anlaß des Demonstrationzuges zum Schutze der Republik vorgekommen sind.

Die Beantwortung wird in der geschäftsordnungsmäßigen Drift erfolgen.

Ein Gesetz zur Regelung von Angelegenheiten der Sozialversicherungen und des Arbeitsrechts bei der Durchführung des Vertrages von Versailles wird in allen drei Lesungen angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik fortgesetzt.

Den § 1a wollen die Kommunisten so fassen, daß derjenige, der an einer geheimen Verbindung im Sinne der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches teilnimmt, wenn die Verbindung den Zweck hat, die Monarchie wieder herzustellen, oder Anhänger für einen Thronanwärter oder Kronprinzenkandidaten zu werben, oder die Gewaltherrschaft einer Offizierskamarilla herbeizuführen, mit Zuchthaus zu bestrafen ist.

Koenen (Komm.) befragt diesen Antrag, ohne den die Gefahr bestehe, daß das Gesetz nur gegen links angewendet werde. Von dem Reichsanzwält: „Der Feind steht rechts“, sei keine Rede mehr, am allerwenigsten in Bayern.

Der Antrag wird abgelehnt. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der besagt, daß nicht mit Zuchthaus bestraft werden „muß“, sondern „kann“, wird abgelehnt. § 1a bleibt unverändert.

Zu § 2 liegt eine Reihe sozialistischer Änderungsanträge vor. A. a. wird ein gemeinsamer Antrag der Unabhängigen und Sozialdemokraten vom Abgeordneten

Wißell (SD.) begründet, der fordert, daß dem § 2 eine neue Fassung eingefügt wird, monach derjenige bestraft wird, der auf Errichtung der Monarchie im Reich oder den Ländern gerichtete Bestrebungen veröffentlicht, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu fördern unternimmt, oder die früheren Reichsfarben in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zur Schau trägt oder stellt.

Die sozialistischen Anträge werden von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Dagegen finden einige von den bürgerlichen Parteien beantragte Änderungen gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien Annahme. Mit diesen Änderungen wird § 2 in Hammelfprung mit 232 gegen 147 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Kommunisten, Unabhängigen und Deutschnationalen, außerdem einige Volksparteiler und Mitglieder der Bayerischen Volkspartei. Ohne Veränderung werden nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen die §§ 1a, 3, 4 und 4a.

Bei § 5, der die Einsetzung des Staatsgerichtshofes regelt, bricht sich Semmler (Bayer. WP.) gegen ein besonderes Gericht aus. Der Staatsgerichtshof sei ein Ausnahmegericht und werde einen ähnlichen Angriff gegen das Reichsgericht, ja gegen einen Senat anzugliedern, womit dem Laienelement das Vorgehen über die Berufung gegeben werden soll.

Hamm (SD.) spricht für diesen Antrag, der dem Reichsgericht die Aburteilung der im Gesetz zum Schutze der Republik vorgesehener Delikte überweisen will. In langer Rede wendet sich der Redner gegen den Vorschlag, daß Bayern das Gesetz in Bayern wolle und wird dabei von den bayerischen Abgeordneten der Linken wiederholt mit stürmischen Zwischenrufen unterbrochen. Demokratie soll herrschen, aber die Hochbestimmung ist nicht immer der Weisheit letzter Schluß. Auch in Bayern halten 90 % der Bevölkerung die republikanische Staatsform für die allein mögliche. Republik heißt aber: Einordnung und Unterordnung. (Stürmische „Sehr richtig!“-Rufe.) Die Republik sollte verfaßt durch den Willen zur Befriedigung moralischer Erfordernisse zu machen.

Reichsjustizminister Dr. Kubbrück: In der Ausschlußberatung ist den bayerischen Wünschen bereits so weit entgegengekommen worden, daß ich fast sagen möchte: „Wir haben schon so viel für Euch getan, daß uns zu um sich nichts mehr übrig bleibt“ (Lachen des Abg. Ledebour: „Das ist eine sehr gefährliche Redensart.“) Ich hoffe, daß es dem Abg. Hamm gelingen wird, die kleinen Differenzen auszugleichen, die noch zwischen Bayern und dem Reich bestehen. Der Staatsgerichtshof ist kein Ausnahmegericht, sondern ein Sondergericht und vertritt nicht gegen die Verfassung. Die Anträge der Volkspartei bringen fastlich keine großen Veränderungen. Der Reichsgerichtspräsident wird natürlich auch nach der Regierungsvorlage zu Beschließen für die Ernennung von Richtern zum Staatsgerichtshof herangezogen werden. Wird das Vorlagegesetz aber gesetzlich geregelt, so wird es zur entscheidenden Gewalt. Der Vorliegende des Staatsgerichtshofes hat in einem Schreiben, das mir vor einer Stunde vorgelesen ist, an die Parteien den Appell gerichtet, kein Mißtrauen in die republikanische Zukunftlichkeit der von ihm vorgeschlagenen Richter zu setzen. — Der Minister fügt, es sei der Regierungsvorlage zu lassen, die drei Berufsrichter und vier Laien vorstellt.

Kolensfeld (USP.) bedauert diese Haltung des Ministers und empfiehlt die Befragung des Staatsgerichtshofes mit zwei Berufsrichtern und fünf Laien. Herr Hamm hätte wahrscheinlich den Staatsgerichtshof am liebsten nach Wiesbad verlegt. (Lachen des Abg.) Der Antrag der Volkspartei ist abzulehnen, da gegen das Reichsgericht in breiten Volkswahlen großes und berechtigtes Mißtrauen besteht. Zu Richtern dürfen vom Reichspräsidenten nur wirkliche Republikaner und nicht die sogenannten „Republikantler“ aus der Deutschen Volkspartei gewählt werden.

Reichsjustizminister Dr. Kubbrück erklärt, daß es zuträfe, daß der Vertreter der Reichswahlmänner die Beamten der Berliner Polizei bei der Nachforschung nach den Raubmördern aus München wider weigert hat, das sei aber nicht auf einen Mißbrauch der bayerischen Polizei zurückzuführen. Diese Beamten habe er, der Reichsminister, mit vollem Bewußtsein ausgesandt. Er haben sich bei den Kommunistenbewegungen bewährt und sich trotz des Vorwurfs der damaligen Verteidiger erweisen. Nur aus dieser Unselbständigkeit ergab sich die Komplikation des Verhaftungsaktes alsbald zu vernünftigen. Wenn die Beamten nicht so verhalten worden sind, wie das die Reichswahlmänner wünschen, so liegt das nicht am Verhalten des Reichsministers, sondern an der zu engen Fassung des Begriffs „Richter“ im Ausschlußgesetz. Der Oberstaatsanwalt hat bewußt auf dem Boden der Republik und verfassungsmäßig verfahren.

Bei § 12) befragt einen Antrag seiner Partei, den Staatsgerichtshof aus drei Reichsgerichtspräsidenten und sechs Laien zu bilden.

Wißell (SD.) tritt für den Ausschlußantrag zwei Richter und fünf Laien ein. An den Stellen des Staatsgerichtshofes sollte dem Volkswahlmänner Rechnung getragen werden. Die gesamte Beantwortung habe gar keinen Anlaß. Es gegen Sondergerichte zu werden. Die Regierung habe in einem Geheimverbot gegen Staatsbeamte vorgelesen, deren Richter nur von Reichsbeamten werden können. — Der Redner wendet sich dann gegen den Antrag der Deutschen Volkspartei, der den Reichspräsidenten in einer Weise beschränkt, die von der Linken mit Unterstützung der Unabhängigen angenommen wird. (Lachen des Abg.) Ich habe einen Antrag, daß er mit ein Teil seiner Sprache diese Beschränkung ebenfalls ablehnen.)

Hamm (SD.) befragt, ob mit der gezeigten Rede des Reichsministers und demnach, daß der erste Beamte des Staats RA auf den Boden der Verfassungsmäßigkeit verurteilt werden kann. (Die Rede erwidert diese beschränkende Beschränkung mit fortgesetzten Schlußworten, während der Sprecher

Dr. Richter den Redner wegen dieser Neußerung zur Ordnung ruft.) Barth schließt mit der Erklärung, daß seine Partei wegen der Bestimmungen über den Gerichtshof das ganze Gesetz ablehnen werde.

Von den Änderungsanträgen werden angenommen der Antrag des Zentrums und der Demokraten, den Staatsgerichtshof aus drei Berufs- und sechs Laienrichtern bestehen zu lassen, und der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Sicherstellung von Ausschließungen und Ablehnung der Gerichtspersonen. Mit dieser Veränderung wird der § 5 in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Der § 6 (Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes) wird mit einem Antrag der Deutschen Volkspartei angenommen, der die Handlungen gegen Mitglieder einer früheren Regierung treffen will, soweit diese Taten ausschließlich gegen die verfassungsmäßige republikanische Staatsform eines Landes, die Mitglieder einer im Amt befindlichen oder früheren republikanischen Regierung eines Landes oder dessen Landesfarben gerichtet sind.

Bei § 7 (verbotene Vereinigungen) wendet sich Semmler (WP.) gegen das Verbot von Veranstaltungen, Aufzügen und Kundgebungen. Die Deutschnationalen würden sich durch kein Gesetz abhalten lassen, ihre Ansichten offen und frei auszusprechen.

Reichsminister Dr. Köster erklärt gegenüber den Anträgen des Abgeordneten Semmler, daß die Verordnung des Reichspräsidenten von der Mehrheit des Reichstags so aufgehoben worden ist, daß der Reichsminister des Innern kein Recht hat, in die Hoheit der Länder einzugreifen. Ebenfalls könne Beschwerde beim Reichsminister des Innern geführt werden.

Nach langer Debatte wird der § 7 unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Ausschlußfassung angenommen.

Zu § 8 begründet Vogel (SD.) den sozialdemokratischen Antrag, der neben den Landesgerichten auch dem Reichsminister des Innern Zuständigkeit für Verzeihungsbefehle zuweist. Um 9¼ Uhr dauert die Sitzung noch fort.

Die Beschlüsse der Reparationskommission.

Paris, 12. Juli.

Das „Petit Journal“ gibt von den gestrigen Beratungen der Delegierten der Reparationskommission über die deutsche Finanzlage folgende Darstellung:

Sir John Brodhurst, der vom englischen Kabinett formelle Instruktionen erhalten hat, hat die Annahme eines neuen Moratoriums vorgeschlagen, das nicht nur die vollkommene Aufhebung aller Goldzahlungen für zwei oder sogar drei Jahre vorseht, sondern auch für den gleichen Zeitraum eine wesentliche Herabsetzung der Sachleistungen entfallen soll.

Es ist, sagt „Petit Journal“, kaum nötig, auf den Ernst dieses Vorschlages hinzuweisen. Er verleiht die Ausführung des Abkommens von Wiesbaden gerade in dem Augenblick aufzuheben, in dem das Abkommen endlich verwirklicht werden soll. Er verleiht Frankreich jeder Art von Reparationszahlungen bis zum Jahre 1925 zu verweigern.

Die Delegierten von Belgien und Italien haben sich, wie das Blatt zu wissen glaubt, mit mehr oder weniger wichtigen Vorbehalten dem englischen Vorschlag angeschlossen. Dubois, der französische Delegierte, handelte also mit keinem Widerspruch allein. Er hat nur erzielen können, daß keine Entscheidung getroffen wird, bevor der Garantieauspruch nach Paris zurückkehrt.

Am Abend ist diese Lage am Quai d'Orléans zwischen Poincaré, de Laferrière, Keifel und Dubois besprochen worden.

Wüste Vorfälle in Oberschlesien.

Oppeln, 12. Juli.

In Oberschlesien, insbesondere in Oppeln, haben sich in letzter Zeit Vorfälle ereignet, die nicht mehr menschlich zu nennen sind und die Staatsregierung zum sofortigen Eingreifen veranlassen werden. Neben Oppeln sind auch in Gleiwitz und anderen Orten Frauen, die im Verdacht standen, zu den interalliierten Truppen Beziehungen gehabt zu haben, Quälereien und Schändlichkeiten ausgeübt. So sind z. B. in Oppeln auf dem Marktplatz mehrere Frauen und Mädchen ausgezogen, kahlgeschoren, mit Drahtspießchen blutig geschlagen und von den Tätern noch weiterhin gequält worden. Ob die Mißhandlungen hauptsächlich mit den alliierten Truppen in Verkehr gestanden haben, steht noch keineswegs fest. Sedenfalls ist die Mehrzahl der Frauen, die zu interalliierten Soldaten und Offizieren Beziehungen unterhielt, gefoltert.

Wie wir erfahren, wird die Staatsregierung sofort die notwendigen Untersuchungen einleiten und zu schärfsten Gegenmaßnahmen schreiten.

Keine Autonomie für Oberschlesien.

Berlin, 15. Juli.

Die Zentralkommission für die Gliederung des Reiches hat gestern vormittag unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. Koch getagt. Sie hat sich in ihrer Schlußsitzung mit der Autonomie Oberschlesiens beschäftigt. In dieser Sitzung gab der Vertreter des Zentrums Piarré Uitzka die Erklärung ab, daß, nachdem die ursprüngliche Regierung dem Zentrum Jungfernbüchse in der Frage der Schule und Kirche gemacht habe, auch die Zentrumspartei keine Forderungen mehr ausgeben werde, bei der Abstimmung für den Bundesstaat Oberschlesiens einzutreten. Da auch die übrigen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten sich nicht für den selbständigen Bundesstaat Oberschlesien einsetzen werden, so kann das Ergebnis der Abstimmung schon jetzt als feststehend betrachtet werden. Es wird keineswegs die notwendige Mehrheit für einen Bundesstaat Oberschlesien bei der Volksabstimmung zu finden sein. Damit ist der Gedanke an einen autonomen Bundesstaat Oberschlesien endgültig erledigt.

Die Verfolgung der Rathenau-Mörder.

Die Anschläge mit den Bomben der Mörder Fischer und Kertz, die in Marine- bzw. Artilleriekasernen und Zivilvierteln durchgeführt sind, hat die Berliner politische Polizei auch in den letzten Tagen des Monats verfolgt. Die Verhaftungen sind der Polizei des Polizeipräsidenten bewirkt eine lebhafte Teilnahme der gesamten Bevölkerung an der Verfolgung. Das dabei der Verdacht auch auf Unschuldige gelenkt wird, ist erklärlich, zumal da jetzt in der Ferienzeit viele Leute mit ihren Familien über Land ziehen. So wurden in Radebusch zwei Männer als verdächtig angehalten und nach Debitzelle gebracht. Der Leiter der Berliner politischen Polizei, Oberregierungsrat Dr. Weig, fuhr mit Kriminalkommissar Rasplad sofort dorthin, um die Festgenommenen zu untersuchen. Sie kamen sich bald über ihre Personen auszusprechen und wurden sofort wieder entlassen, weil sie mit dem Mord nichts zu tun haben.

In Berlin werden immer noch neue Hinweise in das Fahndungsgebiet hinausgeschickt, weil das bisherige Angebot auch polizeilich mit der Landjäger und der Ortspolizei für den großen Segel noch nicht ausreicht. Auch weitere Polizeihandführer sind mit ihren Dienstreifen bereits abgereist. Wie wir schon

mitteilen, werden die Verfolgten wie geheftes Wild sich nur in der Nacht weiterbewegen können und am Tage verhalten halten müssen. Mit den Spürhunden sollen nun alle Schlupfwinkel abgesehen werden.

Gardefleuten, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Verfolgung der Rathenau-Mörder liegt die Situation gegenwärtig so, daß die bis in die Gegend von Radebusch einwandfrei festgestellte und seither wieder verlorene Spur bisher nicht mit absoluter Sicherheit wieder gefunden werden konnte. Auf Grund von Zeugenmeldungen ist indessen die Verfolgung in der Hauptsache nach zwei Richtungen hin wieder aufgenommen worden. Die Nachforschungen haben ergeben, daß die zwei in Debitzelle beobachteten Radfahrer in südlicher Richtung nach Helmstedt und Schöningen, wo sie in der Nacht von gestern auf heute übernachteten wollten, weitergefahren sind. Sie sollen die Nacht gekauert haben, nach dem Hatz zu gelangen. Es ist mit einiger Sicherheit damit zu rechnen, daß man noch im Laufe des heutigen Nachmittags wird ermitteln können, ob es sich hier um eine richtige oder um eine falsche Spur handelt.

Ferner wird auf Grund einer am heutigen Vormittag gemeldeten Aussage eines Arztes Usbeck aus Genthin und dessen Frau, die die Täter mit Bestimmtheit in der Gegend südwestlich von Rathenau gesehen haben wollen, eine zweite Spur verfolgt.

Es ist daher dringend erforderlich, daß auch die Großhändler Bevölkerung namentlich in der Gegend von Brandenburg und Potsdam alarmiert werde und mit der Möglichkeit rechner, einen aktiven Anteil an der Verfolgung zu nehmen.

Manfred v. Killinger ist vom Untersuchungsrichter freigelassen worden und nach Prevor an der Ostsee zu seinem Angehörigen, bei denen er verhaftet worden war, zurückgefahren. Ein Haftbefehl aus Kassel lag gegen ihn nicht vor.

Zum Explosionsunglück in Groden bei Cuxhaven

teilt die Hamburger Staatliche Pressestelle mit: Die Ursache der Explosion konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Es wurden Arbeiten an Minen ausgeführt, wie sie täglich im Minendepot vorgenommen werden. Ob im Zündstoffchemische Zersetzungen eingetreten sind, durch die sich die Katastrophe erklären läßt, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Mit der Entladung der Minen waren 11 Arbeiter beschäftigt. Sie bemerkten plötzlich, daß sich Rauch entwickelte. Die Arbeiter erkannten die Gefahr und brachten sich sofort in Sicherheit. Um 2¼ Uhr erfolgte die erste starke Detonation. Kurz darauf trat eine zweite ein. Nach zwei Stunden folgten die beiden letzten Explosionen. In Cuxhaven selbst kam es zu einer großen Panik, da man annahm, das Hauptlager sei gefährdet. Der Wind stand aber für Cuxhaven günstig, so daß eine Ausbreitung des Feuers in der Richtung auf Cuxhaven nicht eintrat. Um so schwerer wurde die Lage für Groden. Groden wurde sofort geräumt. 3 Häuser sind in Brand geraten, 2 davon sind völlig vernichtet. Der Materialschaden ist in Groden und in Cuxhaven außerordentlich groß. Teilweise wurden Dächer abgedeckt und zahllose Fenstergehäuse sind eingedrückt worden. Viele Häuser wurden so stark erschüttert, daß zunächst erst festgestellt werden muß, ob sie noch bewohnbar sind. Im besonderen scheinen die neuen Siedlungshäuser schwer in Mitleidenschaft gezogen zu sein. Amtspräsident Schamer beauftragte sofort eine aus Technikern bestehende Kommission mit der Untersuchung der noch stehenden Häuser von Groden. Auch in Cuxhaven wurden große Schäden an Dächern und durch die Zerkümmern von Fenstergehäusen angerichtet. In der Nordsteinstraße und in der Weichstraße sind fast alle Ladenfenster zertrümmert. Selbst in der Prinzessinnenstraße in Döse wurden Fenstergehäuse durch die Explosion eingedrückt. Die Größe des Schadens läßt sich im Augenblick noch nicht im ganzen Umfang feststellen. In den Krankenhäusern befinden sich zurzeit 34 Verwundete, von denen 12 schwer verwundet sind. Drei Tote wurden geborgen. Vermißt werden noch 5 Personen. Es ist zu hoffen, daß nicht alle fünf umgekommen sind. Man nimmt bisher an, daß sich unter den Trümmern noch 2 Tote befinden. Die Aufräumarbeiten konnten noch nicht vorgenommen werden, da man in die noch immer brennenden Trümmer bei der Explosionsgefahr noch nicht vordringen konnte. Auch wenn noch einzelne Minen explodieren, darf die Gefahr selbst aber als behoben bezeichnet werden.

Als obdachlos werden zurzeit 12 Familien mit 45 Obdachlosen gemeldet. Diese Zahl wird sich vermutlich noch erhöhen. Die Obdachlosen sind zunächst bei Nachbarn untergebracht worden. Die Bevölkerung beharrt sich mühsam ruhig.

Waffenfund in Bremen.

Bremen, 12. Juli.

Auf Veranlassung des hiesigen Führers der USF-Fraktion haben am Freitag zwei Kriminalbeamte zusammen mit anderen eine Hausdurchsuchung im Lagerhaus des hiesigen Kaufmanns Eduard Weg vorgenommen. Auf dem dritten Boden haben sie 11 Kisten mit umgearbeiteten Militärgepäck, Modell 98 gefunden. Der Verwalter des Lagers behauptete, daß die Kisten vor längeren Monaten von einem jungen Mann deponiert seien. Die Firma selbst habe nicht gewußt, was in den Kisten enthalten sei. Dem Eigentümer des Pachtlaufes, Kaufmann Eduard Weg, war der Inhalt der Kisten jedoch bekannt. Die Polizeibeamten begnügten sich damit, den Boden zu verriegeln und ein Gewehr mit zum Polizeigebäude zu nehmen. Die Polizei selbst hat bis jetzt noch keinen Bericht über den Fund sowie über ihre weiteren Feststellungen dieser Angelegenheit gegeben. Ebenso ist der Eigentümer, der Kaufmann Eduard Weg, noch nicht verhaftet worden.

Zur Krise im Bergbau.

SPD. Essen, 12. Juli. (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen im Ruhrkohlenbergbau wurden am Mittwoch fortgesetzt. Wie aus dem Bergarbeiterverband mitgeteilt wird, wurden in den wichtigsten Punkten Zugeständnisse von den Arbeitgebern erzielt, jedoch es voraussichtlich nicht zum Streik kommt. Abends trat eine engere Kommission zusammen, die sich mit der konkreten Formulierung der erzielten Ergebnisse beschäftigte. Die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Vereinbarungen liegt bei der am 14. Juli tagenden Revierkonferenz.

Der Steuerausgleich des Reichstages erledigte am Mittwoch die zweite Vorlage des Gesetzentwurfes zur Abänderung des Erbschaftssteuergesetzes. Von bürgerlicher Seite waren eine ganze Reihe Anträge gestellt worden, die eine weitere Abmilderung der Befreiungsschriften bei Erbschaften vorschlugen. Ein Antrag der Demokraten, Zuwendungen an politische Parteien von der Abgabe zu befreien, wurde abgelehnt; Annahme fand ein Antrag des Zentrums, nach dem Zuwendungen an politische Parteien bis zu einem Betrage von 5000 Mark steuerfrei bleiben sollen, alle Beiträge aber, die darüber hinausgehen, mit 5 v. H. zur Steuer herangezogen werden.

Richardson wieder in Berlin. Der russische Volkskommissar für Auswärtiges, Richardson, ist von seiner Erholungsreise nach Berlin zurückgekehrt. Er wohnt im Wotschasteregebäude Unter den Linden.

Die Grenzfrage im Osten.

(Polen als Nachbar.)

Die Uebernahme Oberschlesiens in deutsche bzw. polnische Verwaltung hat sich vollzogen. Bei dieser Gelegenheit hat sich noch einmal sehr deutlich die Gefahr gezeigt, die entsteht, wenn es nicht beiderseits gelingt, den Schutz der öffentlichen Sicherheit in feste Hand zu nehmen. Noch immer treiben die irregulären Banden ihr Unwesen, noch immer wird der Wirtschaftskrieg durch Terrorakte auf das Übelste gefährdet. Es soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, inwiefern sich die Verhältnisse auf deutschem Gebiet von den polnischen unterscheiden, wenngleich kein Zweifel darüber besteht, daß das gesamte soziale Leben in den polnischen Landesteilen bei weitem mehr zerstört ist als bei uns. Trotzdem gilt für beide Teile die Forderung, mit allem Unformherzig und schleunigst ein Ende zu machen, was die Autorität des Staates und die öffentliche Sicherheit untergräbt.

Die Grenzlande gehören zu den Gebietsteilen, die am meisten dem Druck von außen ausgesetzt sind, die am meisten auf ausländische Einflüsse in irgendeiner Weise reagieren. Deshalb muß in Oberschlesien vor allem dafür gesorgt werden, daß die Republikaner das Heft in Händen halten. Die Verhältnisse, wie sie in Schlesien, in Ostpreußen und den Grenzmarken bestehen, lassen einen nicht unbeforgten Blick in die Zukunft sehen. Dort ist vieles versäumt. Man hat wichtige Institutionen überlassen, über deren innere Eignung für ihr Verantwortungszweckes Amt man sehr geteilter Meinung sein kann, mag auch nach außen hin ein Anstöß vermieden werden. In Oberschlesien steht man vor einem neuen Anfang. Höhere Verwaltungsbeamte, von denen man weiß, daß ihnen die Monarchie näher steht als die Republik, haben das Land verlassen. Aber trotzdem wird man das Empfinden nicht los, daß sich auch hier Körperschaften einnisteten, die nicht zu den geeigneten Präzedenzfällen der deutschen Republik gehören. Es mag unerörtert bleiben, wieviel in dieser Hinsicht während der Abstimmungsperiode verfehlt worden ist. Aber dringend muß davor gewarnt werden, in Zukunft die Zügel schloffen zu lassen. Die Reichseinheit muß zu einem illusionären Begriff werden, wenn sich die Grenzlande von der deutschen Republik ablösen; dem Einheitsgedanken werden die Fundamente abgegraben, wenn Preußens Grenzbezirke zu Hochburgen oppositioneller Kampfstimmung werden. Ein Verfall Preußens ist auch denkbar, wenn auch nach außen hin die Einheit gewahrt bleibt. Man sage nicht, daß es sich um eine naturgemäße Entwicklung auf der Grundlage eines nationalen Hochgefühls handle, das in diesen Gebieten nicht nur erklärlich, sondern auch begrüßenswert ist. Das tiefe, äußere Begleiterschwermere für des Wesens Kern halten. Die Rheinlande beweisen, daß ein durchaus würdiger und durch und durch gesunder Nationalismus auch im Rahmen des republikanisch-demokratischen Treuegefühls gegen das Reich möglich ist. Man sage auch nicht, daß man sich den Tatsachen nicht entgegenstemmen könne. Was fehlt, das ist die rechte Grenzland-Propaganda, über die andere Kreise in überaus starkem Maße verfügen. Wenn hier nicht Widerstände gebrochen, Gegendämme aufgeworfen werden können, wenn nicht eine geschickte Personalpolitik begangene Fehler wieder gutmacht, könnten sich eines Tages im Grenzland-Problem Komplikationen ergeben, die zu ernstester Sorge Anlaß geben müßten. Die Stimmung in den Mittlichen Grenzlandprovinzen ist heute noch nicht so, wie es nach außen den Anschein hat.

Moskauer Arbeit.

Das Berliner KPD-Blatt veröffentlicht einen Aufruf des Moskauer Exekutivkomitees, der u. a. folgende Kräftephrasen enthält:

„Vorher Ihr die monarchische Reaktion niederwerfen könnt, müßt Ihr Euren proletarischen Willen, Euren Führern aufzwingen.“

„Erlaubt nicht der Sozialdemokratie wie bisher vom Wortkampf gegen die Reaktion zum Kampf mit Maschinengewehren gegen den revolutionären Vortrupp des Proletariats überzugehen.“

Die Reaktion spekuliert jetzt auf die Wiederholung des Kampfes unter den Arbeitern, der ihr erlauben soll, den eigenen Hals aus der Schlinge zu ziehen und diese um den Hals des gesamten Proletariats zu legen.“

„Also erst schleudert man gegen die Sozialdemokratie sinnige Verleumdungen, fordert man, daß den Führern „der proletarische“, d. h. der kommunistische Willen aufgezwungen wird, was den Kampf aller gegen alle bedeutet, und dann warnt man in plötzlicher Erleuchtung vor Kämpfen unter den Arbeitern, die nur der Reaktion zugute kommen.“

Unterzeichnet ist der Aufruf: „Moskau, 8. Juli.“ Am 8. Juli hatte sich die KPD in Berlin bis Mittag Bedenkzeit erbeten, ob sie den gemeinsamen Aufruf der Arbeiterorganisationen unterzeichnen sollten oder nicht. Zugleich aber wurden schon von Moskau die wüsten Beschimpfungen gegen jene geschleudert, mit denen die deutschen Kommunisten noch tags zuvor an einem Tisch geessen hatten.

Auch dies ist ein Beitrag zum Kapitel „Einheitsfront“.

Gegen die reaktionären Beamten.

Der Rechtsausschuß des Reichstages begann am Dienstag mit der ersten Beratung des Gesetzes über die besonderen Pflichten der Beamten gegenüber der Republik. Während das Gesetz zum Schutz der Republik im Ausschuß fast leidenschaftlich besprochen wurde, prallten bei dem Beamtengesetz die Meinungen hart und lebhaft aufeinander. Vielleicht hat das seine Ursache darin, daß die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten nur Beamte in den Ausschuß entsandt haben, ein etwas eigentümliches Verhalten, wenn man bedenkt, daß es sich hier nicht um Beamteninteressen, sondern um den Schutz der republikanischen Staatsform handelt, der doch uneres Wissens auch noch andere Bürger hat als Beamte. Der Deutsche Volksparteiler Scholz bezeichnete das Gesetz als für die Beamtenpflicht untragbar. — Reichsminister Röder hat um größte Befreiung bei der Beratung des Gesetzes und erklärt gegenüber den Ausführungen des Abg. Scholz, daß die preussische Regierung, der doch auch Freunde des Herrn Scholz angehören, sich nicht im mindesten für die von den Volksparteilern angeforderten Mittel ausgesprochen hat. — Der Zentrumsabgeordnete Hoffmann äußerte, daß bevor das Gesetz vorgelegt wurde, nicht erst mit den Beamtenorganisationen verhandelt worden sei. Er habe gegen das Gesetz lebhaft Bedenken. — Reichsminister Dr. Röder erwiderte dann nochmals auf die Ausführungen des Herrn Scholz, der das Bedürfnis hatte, sich besonders beamtenfreundlich zu zeigen. Röder wies zunächst darauf hin, daß das Gesetz nicht verfassungsändernd sei. Man müsse sich bei der Beurteilung dieser Vorlage fragen, wer denn eigentlich das Gesetz zum Schutz der Republik durchführen soll. Die Reichsregierung und die Regierungen der Länder müssen zur Durchführung des Gesetzes neuen Beamtenkörper haben, der es auch wirklich im Sinne der

Die Bevölkerung ist für die Notwendigkeiten des Augenblicks, für die Veränderungen einer neuen Zeit und für die Zukunftsaufgaben der Republik durchaus zugänglich. Es finden sich nur zu wenige, die ihr das sagen.

Wenn hier betont wird, daß es notwendig ist, in Deutsch-Oberschlesien neben der Sicherheitspolizei keine Sonderwehren aufkommen zu lassen, so zum großen Teil deshalb, weil die Zustände in Polnisch-Oberschlesien, wo wieder einmal alle deutschen Elemente vogelfrei zu sein scheinen, einen sehr energischen und entschlossenen Schritt der deutschen Regierung notwendig machen, sofern sich nicht baldigt die Verhältnisse von Grund auf bessern. Unser Verhältnis zu Polen stand bisher gänzlich unter dem niederdrückenden Einfluß von Gebietsabtretungen, die wir zum sehr großen Teile als nicht berechtigt empfinden, sie standen unter dem Einfluß einer deutschen Kolonialpolitik auf der Gegenseite, die uns keinen Anlaß gab, für den Wiederaufbau der polnischen Wirtschaft einen Finger zu rühren.

Es steht außer Frage, daß Polen wirtschaftlich der deutschen Hilfe nicht entzogen kann, wenn es wieder zu gesunden Verhältnissen gelangen will. Die Klagen, die in Warschau seit langer Zeit gegen die deutsche Ausfuhrpolitik erhoben werden, entsprechen im wesentlichen dieser Einsicht. Wenn die polnische Regierung gebeten hat, mit dem Beginn der deutschen polnischen Wirtschaftsverhandlungen zu warten, bis sie sich gebildet und in die Materie eingearbeitet hat, so darf man wohl auch das als ein Zeichen dafür auffassen, einen wie großen Wert man in Warschau diesen Verhandlungen beilegt.

Die wichtige Industrie Polens, die Tuchindustrie, die mehr als die Hälfte der polnischen Industriearbeiter beschäftigt, war vor dem Kriege ganz auf den Export nach Rußland eingestellt. Rußland ist auf lange Jahre hinaus tot. Als aufnahmefähiges Exportland kommt vorläufig nur Deutschland in Betracht. Polen ist hauptsächlich ein Agrarland. Trotzdem kann es sich infolge der Zurückgebliebenheit seiner bäuerlichen Bevölkerung bei weitem nicht selbst ernähren. Es sollte doch zu denken geben, wenn die landwirtschaftliche Produktivität der früheren preussischen Gebietsteile, die Uberschlesländer waren, seit ihrer Zugehörigkeit zu Polen in rasendem Tempo zurückgegangen ist. Hier rächt sich die Politik, die an die Stelle des hochwertigen deutschen Bauern den in der intensiven Landwirtschaft unerfahrenen polnischen Landbewohner setzt. Nicht gegen, sondern nur mit dem deutschen Element läßt sich die polnische Agrarreform durchführen, wenn sie Polen eine geeignete Ernährungsbasis geben soll.

Durch den Genier Spruch ist die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens zerrissen worden. Es wäre ein Segen für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, Polens und des gesamten Ostens, wenn er die Wirtschaftseinheit zwischen Deutschland und Polen herbeiführen helfe. Wir brauchen Polen in unserem Wirtschaftskampfe nicht. Aber der Schutz des Deutschtums in Polen liegt uns am Herzen. Polen kann uns eine nützliche Brücke nach Rußland sein. Es wäre eine für Polen tragische Verurteilung der Tatsachen, wenn es auf die Dauer seine eigentliche Aufgabe als Vermittler zwischen Ost- und Mitteleuropa verlernen sollte. Das haben wir Polen an dem Tage zu sagen, an dem mit uns zusammen die Verwaltung Oberschlesiens übernimmt, und an dem wir uns an denselben Tisch mit seinen Vertretern setzen, um über unsere zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zu sprechen, die stets von den beiderseitigen politischen Beziehungen abhängig sein werden.

Volkspartei ausführt. Gegen den inzwischen eingegangenen Antrag, die Spitzenorganisationen der Beamten zu hören, habe die Regierung nichts einzuwenden, hießt jedoch, hierdurch keine Verzögerung in der Verabschiedung des Gesetzes eintreten zu lassen. — Genosse Hoffmann-Kaiferslauter stellt fest, daß die Notwendigkeit des Gesetzes für uns schon seit 3 Jahren besteht. Die Beamtenerschaft agitiere zum größten Teil amlich gegen die Republik. — Ausgerechnet der Deutschnationale Partei kündigt an, daß sich in der Beamtenerschaft ein Kampf gegen dieses Gesetz erheben werde, wie man ihn noch nie erlebt habe.

Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Spitzenorganisationen der Beamten sofort zu hören und am Mittwoch in die Spezialberatung einzutreten.

70 Milliarden Zwangsanleihe.

Der Steuerauschuß des Reichstages führte am Dienstag die Lesung des Zwangsanleihe-Gesetzes zu Ende. Die Höhe der zu zeichnenden Beiträge, die bekanntlich in der ersten Lesung auf 60 Milliarden fixiert wurde, ist auf 70 Milliarden erhöht worden. Ein Antrag der Unabhängigen, der die Anleihe nach dem Stande des Dollarkurses auf eine Milliarde Goldmark festsetzen wollte und ein Antrag der Sozialdemokraten, 80 Milliarden zu erheben, wurden von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Der Zeichnungspreis der Anleihe wurde gleichfalls geändert; er beträgt im Monat Juli 1922 94%, für August 96%, für September 98%, für Oktober 100%, für November 100%, für Dezember 101%, für Januar 1923 102%, für Februar 1923 104%, für März 1923 106%.

Bis Oktober 1925 bleibt die Zwangsanleihe unverzinslich, von diesem Zeitpunkt an wird eine Verzinsung von 4% gewährt. Die sozialdemokratischen Anträge, statt 4% nur 2½% Zinsen zu gewähren, wurden von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Dagegen scheiterte der Versuch der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die juristischen Personen — Aktiengesellschaften usw. — von der Zeichnungspflicht zu befreien. Als Stichtag wurde der 1. November 1922 bestimmt, bis spätestens 28. Februar 1923 sind 2/3 des schuldigen Zeichnungsbetrages einzuzahlen.

Die Säuberung des Reichstagsgebäudes.

SPD, Berlin, 11. Juli. Die Ausschüßungskommission des Reichstages befaßte sich am Dienstag mit der Frage, inwieweit einem Beschlusse des Reichstages und einem Vorschlage des Reichsministeriums des Innern, die Haupteingänge der alten Staatsform an öffentlichen Gebäuden zu beseitigen, am und im Reichstagsgebäude nachgekommen werden kann. Beschlissen wurde, zunächst die Krone auf den Fahnenmasten zu beseitigen und für die Beseitigung der Krone auf der Kuppel und der Krone auf den Säulen ein künstlerisches Gutachten und einen Kostenschlag anzufordern. Ein Gesamtschlag über die sonstigen Umgestaltungen am Reichstagsgebäude, das nach echt hochgotischer Art mit monarchischen und kriegerischen Emblemen an allen Ecken verziert ist, soll erst nach einer Befähigung durch namhafte Architekten ein Kunstschwerdengericht aufgestellt werden.

Auch über die Beseitigung des Standbildes Wilhelms I. in der Wandelhalle, das von Kunstlern nicht als Kunstwerk betrachtet wird, wurde lebhaft debattiert. Genosse Löbe schlug vor, an dessen Stelle einen Gedicht-Obelisk mit den Namen

der beiden im Kriege gefallenen Reichstagsabgeordneten, des Sozialdemokraten Franz und des Welfen v. Webing, sowie der beiden in der Nachkriegszeit für das Vaterland gestorbenen Minister Erzberger und Rathenau zu errichten. Nach anderen Vorschlägen von bürgerlicher Seite wurde auf Antrag des Demokraten Göttsche die Debatte über die Beseitigung des stehenden Standbildes in der Wandelhalle auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

Das schlechte Gewissen.

Die Geschäftsleitung des Landesverbandes Mejer-Ems der Deutschnationalen Volkspartei hat am 4. Juli folgende Entschlüsse angenommen:

Die Unterzeichneten erwarten von der Parteileitung, daß sie die Angelegenheit des Major Henning nicht auf die lange Bank schieben läßt, sondern im Sinne einer reinlichen Scheidung umgehend erledigt. Sie müssen die Weiterführung ihrer Tätigkeit innerhalb des Landesverbandes Mejer-Ems, den Wahlkreis des Abgeordneten Henning, von der Erfüllung obiger Forderung abhängig machen. Die Entwidlung, die der Abgeordnete Henning genommen hat, ist für die Weiterarbeit der Deutschnationalen Volkspartei innerhalb unseres Bezirkes einisch untraglich.

aea. Buit,
Vorstandender des Landesvereins Bremen
gez. Bortfeld,
Vorstandender des Landesvereins Oldenburg.

Diese Entschlüsse wurden zwar erst am Sonntag, dem 9. Juli, in Osnabrücker Blättern veröffentlicht, sie ist aber vom 4. Juli datiert. Sie ist also gefaßt worden, noch bevor der Landtagsabgeordnete Kuttner — am 6. Juli — seine Mitteilungen über den Fall des Major Henning machte. Danach ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Deutschnationale Partei die v. Kuttner mitgeteilten Tatsachen bereits gekannt hat, denn sonst wäre die scharfe Form der Entschlüsse kaum erklärlich.

Umso mehr muß es auffallen, daß in der Landtagsitzung vom 7. Juli der Redner der Deutschnationalen Partei, Rektor Käppler-Greifswald, die von Genossen Kuttner am Vortage über Major Henning vorabgetragen Tatsachen als absolut unwahr bezeichnete, und daß Major Henning selber den Mut hatte, am gleichen Tage dem „Vorwärts“ eine Berichtigung zu schicken, in der er alles in Abrede stellte. Im Gegensatz zu der deutschnationalen Landtagsfraktion scheinen die deutschnationalen Wähler des Herrn Henning die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß Henning tatsächlich einem Manne zur Flucht verholfen hat, der der Teilnahme an der Ermordung Erzbergers verdächtig ist, wie dies der deutschnationale Parteisekretär Landwehr und der deutschnationale Fabrikant Mayer nach ihrer Verhaftung gestanden haben.

In der Angelegenheit der Osnabrücker Begünstigung eines Erzbergermörders hat mitgeteilt worden, daß der neben Landwehr und Mayer verhaftete deutschnationale Fabrikant Frömmeling wegen mangelnden Tatverdachts aus der Haft entlassen worden ist. Eigentümlicherweise ist Frömmeling seit dem Tage seiner Entlassung aus Osnabrück verschwunden.

Volkswirtschaft.

Rückgang der Steinkohlenproduktion Deutsch-Oberschlesiens. Während für Polnisch-Oberschlesien bisher noch keine Produktionsziffern seit der Aufteilung vorliegen, sind für Deutsch-Oberschlesien die Förderungsergebnisse der letzten Juniwoche bereits festgestellt. Es wurden, wie das Fachblatt „Industrie-Kurier“ berichtet, in der Woche vom 25. Juni bis 1. Juli insgesamt 133 281 Tonnen Steinkohlen gefördert, so daß gegenüber der Vorwoche mit 168 424 Tonnen ein Rückgang zu verzeichnen ist. Von dem Hauptbahnerland von 74 239 Tonnen (in der Vorwoche 93 518 Tonnen) blieben in Deutsch-Oberschlesien 11 030 Tonnen, nach dem übrigen Deutschland gingen 56 438 Tonnen, das übrige verteilt sich auf Polen, Deutsch-Oesterreich, Italien und Danzig und Memel. Die Kohlenbestände am Ende der Woche betragen 46 038 Tonnen gegenüber der Vorwoche mit 63 165 Tonnen.

Butterauktion.

Hamburg, 12. Juli.

Wieder höhere Antzpreise.

Bei der heutigen Butterauktion der Meiereiverbände von Schleswig-Holstein genügten die gegen die Vorwoche etwas reichlicheren Zufuhren der sehr regen Nachfrage in keiner Weise. Die Folge dieser Erscheinung war ein weiteres Steigen der Preise, die sich von 89—91,20 Mk. das Pfund bewegten, gegen 83,50 bis 86,35 Mk. in der Vorwoche. Zu diesen Preisen kommt noch ein Ravolingsgeld von 2 Prozent.

Die Ursache der trotz der hohen Preise unvermindert großen Nachfrage wird in Fachkreisen auf die geringe Spannung zwischen den Butterpreisen und denen für Schmalz und Margarine zurückgeführt, wodurch erfahrungsgemäß der Butterkonsum steigt. Ferner wird auf die durch das ungünstige Frühjahr entstandene Verringerung der Milchproduktion hingewiesen, deren Folgen noch immer nicht ganz behoben sind. Auch die bis vor einigen Wochen anhaltende Dürre hat den Stand der Weiden sehr ver schlechert. — Ein schöner Trost!

Devisen-Kurse.

Berlin, 13. Juli.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		12. Juli.	11. Juli.
Amsterdam	100 fl.	17178.50	18878.55
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	8483.10	8710.85
Kristiania	100 Kr.	7390.75	7840.05
Kopenhagen	100 Kr.	9563.—	10486.85
Stockholm	100 Kr.	11485.60	12534.80
Helsingfors	100 finn. Mk.	998.75	1085.60
Rom	100 Lire	2027.45	2194.25
London	1 £	1977.50	2157.80
New York	1 Doll.	446.94	480.89
Paris	100 Frs.	8640.40	8885.10
Zürich	100 Frs.	8569.25	9188.50
Madrid	100 Pesetas	—	7485.65
Wien	100 K.	1.88	1.95
Prag	100 K.	1023.70	1185.50
Budapest	100 K.	84.95	85.20

Schiffverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 12. Juli: S. Jarlon von Gothenburg in 5 Tg., S. Nisa von Alborg in 16 Tg., S. Werra von Kolberg in 2 Tg., D. Wald von Marhall in 8 Tg., D. Erprob von Alborg in 13 Tg., D. Heimdal von Stockholm in 2 Tg.

Verantwortlich: Für Postil und Volkswirtschaft Dr. J. Reber; für Freirecht Lübeck und Freirecht Hermann Bayer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Justiz Heinrich Steinberg, Verleger; Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., Lübeck in 24604.

Dr. Schwarzweiller
verreist (4392)
bis Anfang August.

Weißbrot-, Koffbrot-,
Grünbrot-, Borree-,
Stendebrot-, Runkel-
u. Sommerbrotmeh-
pflanzen empfiehlt
H. F. Volpert.
Rabeburger Allee 27.

**Echter Jamaica-
Rum-Verschnitt,**
Echt. Pott-Rum-Verschn.,
Arrak-V., Kognak in
Originalfl.

Liköre

Sächswig-Weißweiner
Kümmel 85% Fl. 62 Mk.
Aquavit 85% Fl. 62 Mk.
Aquavit 40% Fl. 68 Mk.

Ernst Voss
Gt. Burgstr. 59.
Fernruf 410. (4419)

Möbel

Herten-, Speise-, Schlaf-
zimmer, Küchen.
Boldts Möbellager
Fischergrube 25/27.



Freitag u. Sonnabend:
prima fettes

Füllenfleisch.
C. Kühn, Schulstr. 9h.

Alle

Arbeiter

kaufen gern und gut
ihre Arbeitskleidung
bei (4396)

Otto Albers
Markt 4 Kohlstr. 10

+Magerkeit+

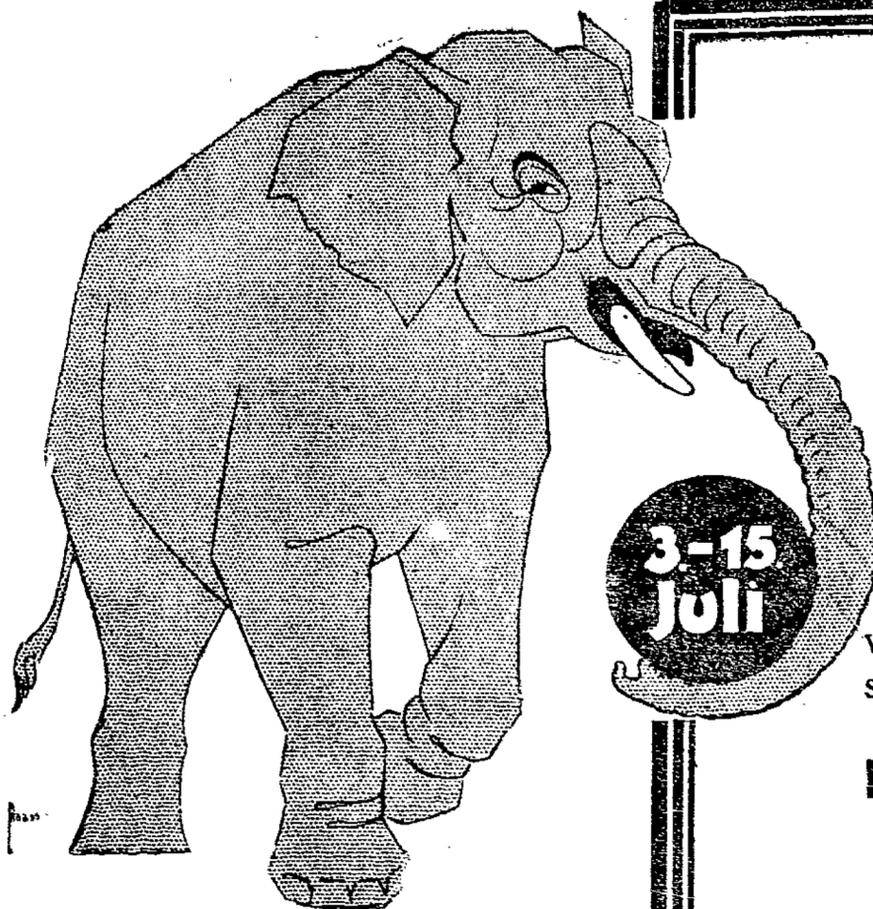
Schöne volle
Körperformen
durch unser
„Lepo“ Kalium
in 6 bis 8 Wo-
chen bis 30 Pfund
Zunahme. Ga-
rant. unschädlich. Ärztlich
empfohlen. Streng reell!
Viele Dankschreiben. Preis
Karton mit Gebr.-Zimm.
Mk. 25.-, Porto extra.
Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mengstr. 10.
(4404)

Milchkaffee

mit 10% Bohnenkaffee
Kaffee 7.50
Kaffee-Grüge-Milch 11.-
Kaffee 1.25
Vanille-Budding-
pulver 1/2 8.-
Schokoladen 1.30
Kaiserschokolade 1.40
Sartorius 9.60
Mondamin 1.50
Weis 12.50
Weismehl 11.-
Rohr 28.-
Grünerlebe 5.50

Eduard Speck,
Hörst. 80-84. (4420)

M. Müller Uhrmacher
Friedrichstr. 11.
Uhr- u. Goldschmiedele.
u. Reparatuerwerkz. (4219)



**Die
Reste**

welche sich infolge unserer Riesen-
umsätze ansammeln, werden

Freitag und Sonnabend

verkauft und damit ist Schluss un-
seres diesjähr. Saison-Ausverkaufs.

! Auf Extra-Tischen!

- Serie I:** Wasch-Stoffe
- Serie II:** Woll-Stoffe
- Serie III:** Seiden-Stoffe
- Serie IV:** Gardinen
- Serie V:** Baumwollwaren
- Serie VI:** Stickereien
- Serie VII:** Bänder

Restbestände in Schuhwaren

Kinder-Stiefel, schöne Schultiefel
25-26 **125.-** 27-30 **175.-** 31-35 **185.-**
Segeltuch-Schuhe, kräftige genähte Ledersohle
25-28 **36.-** 29-32 **42.-**

Ausserdem Damen-Halbschuhe, Herren-Stiefel
und Pantoffel in verschiedenen Preislagen.

Karstadt

Möller's billige Fleischbankelle, Hühnerstr. 83/85.
fr. Schweinefleisch 70.4 fr. Rindfleisch 45.4
Karbonade 81 Kollf. Beefsteak 60
Hammelfleisch 50 Gehacktes 40
Kaufe Rinder, Schweine, Hammel. Fernruf 8525.

Saison-Ausverkauf

vom 5. bis 15. Juli.
Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1 (4423) St. Petri 2 u. 3.

Beachten Sie die Preise
in den 5 Schaufenstern!
hoch wirklich preiswerte Angebote.

Das bekannteste Schuhgeschäft
für Arbeiter und jeden Beruf.
Damen- und Herrengarderoben,
Manufaktur und mod. Damen-,
Herren- und Kinderstiefel usw.

Hierdurch gebe ich bekannt, daß ich eine
Praxis nur für Lungenkranke
eröffnet habe.

Sprechstunden:
werktags 2 1/2-9 1/2 Uhr und 3 1/2-4 1/2 Uhr,
außer Mittwoch- und Sonnabendnachm.
Lübeck, 11. Juli 1922
Karpfenstr. 70a, II. Telefon 8120.
(4401) Dr. med. Peter Zobel.

Möbellager-Eröffnung

morgen Freitag
Breite Str. 21, parterre im Flügel.
Meinen Freunden, Bekannten und Gönnern, insbesondere
meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich nach 2 1/2-jäh-
rigem Bestehen mein Möbellager bedeutend vergrößert habe.
Meine jetzt großen Räume bieten durch sachgemäße Aufstellung
von einischen und eleganten Möbeln eine prunkvolle Ausstellung.
Nach wie vor wird es mein Bestreben sein, nur erstklassige
und gute Arbeit zu den allerbilligsten Preisen prompt zu liefern.
Ich bitte mein jetziges bedeutend vergrößertes junges Unter-
nehmen auch fernerhin gütigst unterstützen zu wollen.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 4400
Hochachtungsvoll

Stüwe's Möbellager 10 Böttcherstr. 10 u.
Breite Str. 21, p. Fl.

Kaufe jeden kleinen
und großen Posten
Rhein- (4417)
Mosel- u.
Rotwein-
Flaschen.
Zu hohe Preise,
werden auf Wunsch ab-
gekauft. Weinhandlung
W. Rahlfisch,
Untertrape 113. Tel. 667.

KOLOSSEUM
Morgen Freitag, den 14. Juli,
nachm. 4-7 Uhr, abends 7 1/2-11 Uhr:
Garten-Konzert
Leitung: Kapellmeister Sjalanke
unter Mitwirkung erstklassiger Künstler.
Bei ungünstiger Witterung findet das
Konzert im Saal statt. (4406)

Weißer Engel.
Jeden Sonntag und Freitag: (4391)
Großer Ball.

Gimerbier.
Freitag von 4-6 Uhr
4409) Brauerei Wilcken.
Engelswisch
sowie Urnimstr. 21a.

**Deutscher
Transportarbeiter-
Verband.**
Ortsverwaltung Lübeck.

**Versammlung
sämtlicher
Hafenarbeiter**
am Freitag, dem 14. Juli
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
**Bericht der
Lohnkommission**
(4407)

**Versammlung
der
Roll- und Blut-
wagentuffcher**
am Freitag, dem 14. Juli
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung:
**Stellungnahme
zum Bohntarif.**
Die Ortsverwaltung.

Briketts
Westfälischen
Hartkoks
Nuß-Kohlen
Eiformbrikett
empfehlen (4400)
Wilhelm Sünke
Schwart. Allee 46 a.
Telephon 8822.

Gimerbier
Jeden Freitag, 8-6 Uhr
4397) **H. Bode.**
Achtung! Achtung!
Sparklub Gewerkschaftshaus

**Mitglieder-
Versammlung**
am Dienstag, 18. d. M.
abends 7 1/2 Uhr.
Wichtige Tagesordnung.
Jeder muß erscheinen.
Hansatheater
Täglich abends 8 Uhr:
Der große Schläger
„Übern großen Teich“
Ausstattungsrevue in
4 Bildern v. Ad. Pöhlitz
mit den Gästen
Minna v. Seemen
Emil von Dollan 438
Willy Schweisguth
Dir. Oskar Erasml

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 13. Juli.

Wir rudern in den neuen Tag . . .

Kraft an Kraft! Schlag an Schlag!
Wir rudern in den neuen Tag.
Den Troß der Flut zu meistern
Gefällt uns jungen Geistern.

Der stillen Buchten locken viel.
Nur fort. Uns ruft ein ander Ziel.
Eritt Sturm uns auch entgegen,
Am Ende schenkt er Segen.

Am Ruder steht uns Sonn' wie Stern,
Denn irgendwo und nicht mehr fern
Klammert Jubel ohnegleichen,
Das gilt es zu erreichen!

Josef Luitpold.

Zum Streik der Schiffsingenieure, Seemaschinenisten

Nach am Sonnabend eine Versammlung im Gewerkschaftshaus. Zunächst sprach Herr Freese-Hamburg vom Verband deutscher Seemaschinenisten und Schiffsingenieure. Er ging kurz auf die Vorgeschichte des Streiks ein und schilderte dann die gesamte Streiklage. Diese liege äußerst günstig. Kein deutsches Schiff liege in Hamburger Häfen fahrtbereit, auch habe seit Sonnabend kein solches Schiff den Hafen verlassen. — Vom Verband der Maschinenisten und Heizer sprach Meins, der u. a. sagte, daß alle Maschinenisten und Heizer, die bereits 30 Jahre und länger bei großen Reedereien gefahren, sich sofort voll und ganz der Streikparole angeschlossen hätten. Die Wahrung des Pflicht- und Solidaritätssinns sei vor allem nötig. Der Redner ging dann auf die Forderungen näher ein und sprach sich entschieden für den Achtstundentag aus. Die Mitglieder mühten nur solche Mütter lesen, die für die Arbeiter eintreten und den Streik unterstützen. Blätter vom Schlage des „Lübecker General-Anzeigers“ usw. seien zu meiden. — Böttger-Hamburg sprach alsdann für den Schiffahrtsverband. Er wünschte, daß der bisher gezeigte feste Zusammenhalt bestehen bleibt und daß eine Brücke geschlagen wird zwischen Kopf- und Handarbeiter, damit das große Ziel erreicht wird. Die Solidarität des Transportarbeiterverbandes sei nötig, damit jegliche Streikarbeit verhindert werde. Der Kampf müsse nicht nur den Sieg bringen, sondern nach Beendigung desselben müsse auch die Einheitsfront hergestellt werden. — Alle Redner fanden mit ihren Ausführungen lebhaften Beifall. — Nach einer lebhaften Aussprache, in der u. a. auch die Abschaffung resp. die Revidierung der Seemannsordnung gefordert wurde, fand folgende Entschlußfassung einstimmig Annahme:

„Die am 8. Juli im Gewerkschaftshaus zu Lübeck versammelten Seeleute aller Chargen begrüßen das Vorgehen der Schiffsingenieure und Seemaschinenisten, Assistenten und Bord-elektriker gegen den Zentralverein deutscher Reeder. Sie betonen ausdrücklich, daß die Arbeitseinstellung die einzigste Antwort sein könnte auf die freche Herausforderung der Reeder, dem Seemann eine Lohnerhöhung von 15 Proz. anzubieten und bedauern besonders, daß die Ablehnung des Schiedsprüches nicht einheitlich durch den M. J. B. erfolgt ist. Von der Erkenntnis ausgehend, daß der Kampf nur einheitlich zu Ende geführt werden kann, beschließt die Versammlung, daß das Streikkomitee aus Vertretern aller Organisationen erweitert wird, und daß die Verhandlungen von Vertretern aller Organisationen gemeinsam geführt werden. Die Versammelten halten an der Forderung auf Bezahlung der Ueberstunden für technische und nautische Schiffsoffiziere grundsätzlich fest unter Zugrundelegung des 8-Stunden-Arbeitstages auch für den Seemann. Die geforderten 40 Proz. Lohnerhöhungen erklärt sie für längst über-

holt. Die Mindestforderung muß sich auf 100 Proz. erhöhen. Ueber alle anderen notwendigen Forderungen soll eine aus allen Verbänden zusammengesetzte Kommission eingehend beraten. Die einmal eingeleitete Einheit muß zu der von allen Seeleuten gewünschten Einheitsfront führen, nicht mit, sondern gegen die Reeder.“

Angenommen wurde ferner noch ein Antrag, wonach kein Unorganisiertes mehr gemustert werden darf.

Die Streikleitung teilt uns noch folgendes mit: Dampfer „Mannmark“, Reeder Kapt. Giermann, hat die gestellten Forderungen bewilligt und ist von der Streikleitung freigegeben.

Weiter wird noch berichtet: D. S. Ruth, D. S. Amte-Viese, D. S. Hertha, D. S. Kurt von der Embener Reederei, Hamburg, sind von der Zentralstreikleitung Hamburg zur Ausfahrt freigegeben, da diese Reederei sämtliche Forderungen bewilligt hat

*

Zur Arbeitsniederlegung auf der Schiffsverwertungs-Gesellschaft Siemens wird uns geschrieben: „Der Obermeister Wiengertner fiel schon seit langem durch sein provokatorisches Verhalten gegenüber der Belegschaft auf. Rebensarten, wie Vbioten, faule Bände, blödsinnigen Kerle usw. waren an der Tagesordnung. Es ist schon mehrfach vorgekommen, daß der hayerische Obermeister morgens schon angeheitert auf dem Werftplatz erschien. In diesem Zustande ist dann kein Umgehen mit ihm. Am 5. Juli, am Tage nach der gewaltigen Demonstration, kam der Obermeister, nachdem er zwei Tage gefehlt hatte, wieder auf den Platz. Er benahm sich wiederum äußerst herausfordernd. Es halpette Schimpfworte. Die Arbeiter verbarben sich dies. Ein Arbeiter, durch den Obermeister bis aufs Blut gereizt, verzweifelt sich an ihm. Die Arbeiter verlangten eine sofortige Betriebsversammlung und forderten die sofortige Entlassung des Obermeisters. Die Direktion verlangte aber, die Entlassung des handgreiflich gewordenen Arbeiters und des Betriebsobmannes. Die Verhandlungen mit dem Betriebsrat und dem Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes einerseits und der Direktion andererseits dauerten den ganzen Tag, führten aber zu keinem Resultat. Arbeiter übt Solidarität! Trete keiner dort in Arbeit!

Die Streikleitung.

Kommt es zu einer Arbeitseinstellung auf der Ueberlandzentrale? Die Ueberlandzentrale teilt uns mit, daß die Belegschaft neue Lohnforderungen gestellt hat. Eine Einigung ist bisher nicht erzielt worden. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. Die Vertrauensleute der Belegschaft haben mit 55 gegen 4 Stimmen beschlossen, daß, falls bis Freitag vormittag 9 Uhr keine Einigung erzielt ist, sofort die Arbeit einzustellen. — Hoffentlich kommt eine Einigung zustande. Ein Streik auf der Ueberlandzentrale würde die Allgemeinheit stark in Mitleidenenschaft ziehen.

Eine Sitzung der Bürgerfraktion findet Freitag abend 6 Uhr im Rathaus statt.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände. Die Karten für das Gewerkschaftsfest sind umgehend abzuholen. Beim Verkauf der Karten ist eine Ede abzureichen und dadurch die Karte zu entwerfen. Jede Gewerkschaft hat auf je 100 Mitglieder 2 Ordner für Sonntag, den 6. August, zu stellen. Alle Arbeitnehmervereine werden aufgefordert, sich am Gewerkschaftsfest zu beteiligen. Meldungen sind umgehend im Gewerkschaftssekretariat abzugeben. Der Vorstand des MGV.

Bessere Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Seefischen. Aus Wiesbaden wird berichtet: Auf der diesigen Tagung des Reichsverbandes der deutschen Fischhändler wurde in einer Resolution zwecks besserer und billigerer Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Seefischen verlangt, daß sofort eine Regelung mit der deutschen Hochseefischerei zu erfolgen habe, 200 ihrer Fischdampfer sollten die ganzen Fänge auf den deutschen Markt bringen, andernfalls sei die Ausfuhr, besonders nach Holland, die den deutschen Markt in fangarmen Zeiten von Seefischen fast völlig entblößt, sofort zu sperren.

Erhöhung der Personentaxen. Wie die Reichszentrale für deutsches Verkehrswesen erfährt, werden die Personentaxen der Reichsbahnen am 1. Oktober durchweg um 50 Prozent erhöht.

„Die Not der Invaliden.“ Zu diesem von uns am Montag veröffentlichten Bericht über die Versammlung des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands (Ortsgruppe Lübeck) sendet uns Herr Schmidt vom Reichsbund der Kriegsgeschädigten eine sehr lange Erwiderung auf seine von uns gebrachten Ausführungen. Er nennt es eine „ungeheuerliche Behauptung“, daß ihm nachgelagt wird, das kaiserliche Deutschland habe für Kriegsgeschädigte und -Hinterbliebene mehr getan als die Republik und schreibt dann u. a.: Sie wollen aber nicht erkennen, daß diese Behauptung nicht parteipolitische Agitation darstellt. Es ist eine resignierende Erkenntnis eines Anhängers der neuen Staatsform, weil diese nicht verstanden hat, den Verarmten das zu geben, was ihnen unter der alten Herrschaftsform nicht vorenthalten wurde. Dieser Vorwurf und diese bedauernde Feststellung sind herb und bitter für die Anhänger der Regierungsparteien. Aber sie hätten sich darauf nur entgegenhalten können, daß es sehr ungewiß sei, ob die alte Staatsform unter gegebenen Verhältnissen mehr getan hätte und daß auch die damalige bessere Versorgung nur möglich geworden sei durch harten Kampf der freiheitlichen Parteien bei der Schaffung des Mannschaftsversorgungsgesetzes. Die Kriegsgesopfer haben keinen Grund, sich nach der alten Staatsform zurückzusehen, schon weil sie aus begrifflichen Gründen Passifisten sind. So ist denn auch die ganz überwiegende Mehrheit — um eben nicht zu sagen: alle — unserer Mitglieder volkstaatslich gesonnen und auch für den Unterzeichneten brauchen Sie an dieser Gesinnung nicht einen Augenblick zu zweifeln. Der Reichsbund nimmt sich aber die Freiheit, an der Tätigkeit jeder Regierung Kritik zu üben, in der Erkenntnis, daß auch selbstgewählte Führer vor Mißgriffen nicht sicher sind.

Wir wollen es mit dieser kurzen Wiedergabe bewenden lassen und nehmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Herr Schmidt und der Reichsbund der Kriegsgeschädigten für die Republik sind. Soweit wir diese Organisation kennen, hat sie diesen Standpunkt stets eingenommen. Im übrigen aber sollte man nie vergessen, daß die Republik den Bankrott des kaiserlichen Deutschlands übernehmen mußte und daher in vielen Fällen nicht so handeln kann wie sie oft gern möchte. Wir verlemen durchaus nicht, daß die Renten der Kriegsgesopfer völlig unzureichend sind. Wenn man aber richtig erkennen will, wie die Fürsorge im kaiserlichen Deutschland war und heute in der Republik ist, dann muß man zum Vergleich die Kriegsgesopfer von 1870 heranziehen. Hat man es ganz vergessen, daß trotz des damaligen französischen Milliardenjugs zahlreiche Kriegstrümpel mit der Drehsäge durch die Bände gezogen und ihr Brot erbettelt? So war es früher im vermögenden kaiserlichen Deutschland, das uns nunmehr an den Bettelstab gebracht hat. Ein Vergleich in der Fürsorge zwischen damals und jetzt fällt zweifellos zugunsten der Republik aus.

Auch eine „Hilfsaktion“ für die Presse. Die Not der Zeitungen ist groß. Infolge der ungedeugten Papierpreissteigerung sind fast alle Zeitungen in eine bedrängte wirtschaftliche Lage geraten. Die vom Reich geplanten Maßnahmen zur Unterstützung der Presse sind wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Es ist daher erklärlich, wenn man auf andere Mittel und Wege sucht. Da hat nun ein Freund der „Lübecker Anzeigen“ gelesen, daß ein Amerikaner für das Wochenblatt der Frankfurter Zeitung acht Dollar als Jahresabonnement bezahlt hat, da ihm der Preis, nach dem hochwertigen Dollar berechnet, zu niedrig ist. Der „Freund“ des deutschen nationalen Blattes in der Königsfrage regt nun an, daß dieses Beispiel bei den schwedischen Lesern des Amtsblattes Nachahmung finden möge. Aber mehr noch: „Wahntstarke Ausländer“, so heißt es in dem Artikel, die uns helfen und gleichzeitig für das Weiterwachen deutschen Geistes wirken wollen, haben auch noch ein anderes Mittel: sie können Abonnements an Bedürftige im In- und Auslande verschicken.“ — Maßgebend, das ist ein probates Mittel, wodurch die Leserschaft der „Lübecker Anzeigen“ schnell vermehrt werden kann. Schade nur, daß in Schweden für das Lübecker Monarchistenblatt ebensowenig Interesse als hier vorhanden ist. Schön wäre es aber, doch, wenn recht viele Schweden Abonnements der „Lübecker Anzeigen“ an „In- und Ausländer verschicken“ würden. Dann

PUTZT EURE OFEN NUR MIT ENAMELINE

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von A. von der Eider.

42. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Einige Tage danach nahm der Bauer Andreas beiseite. „Andreas“, sagte er mit einem kleinen Ausdruck väterlicher Sorge im Gesicht, „tu mir den Gefallen und gehe nicht wieder in den Kringelzug; das ist nichts für Dich. Laß den —“ er machte eine Kopfbewegung nach dem abseits beschäftigten Großknecht, „so oft hingehen, als er will; ihm tut es keinen Schaden.“
„Wenn uns Herr es meint“, entgegnete Andreas respektvoll. Es war ihm klar, daß der Herr es gut mit ihm meinte, daß es nicht Eiferhuch war, die aus ihm sprach. Aber weshalb warnte er nicht auch Hinrich? Welche Gefahr sollte gerade ihm drohen? Die lustige Witwin war doch eine Verwandte von dem Bauern, ja, es hieß sogar, sie sei seine Geliebte. Wachte er sie nicht höher, daß er seinen Knecht vor ihr warnte? Aber je mehr Andreas sich den Kopf zerbrach, desto mehr verwirrte ihn dies Rätsel.
„Hör mal, mein Sohn“, begann Kolf wieder — er nannte ihn mit Vorliebe mein Sohn — „hast Du schon mal ein kleines Mädchen gern gehabt?“
Jetzt wurde Andreas rot. Er wußte gar nicht, was er antworten sollte.
„Sie ist wohl schmutz?“
Andreas nickte.
„Ist sie auch gut von Natur?“
„Die Gutheit selbst“, versicherte der junge Mann eifrig, „bloß manchmal ist sie ein bißchen trahbülftig.“
Der Bauer lächelte. „Das schadet nichts. Ist es denn Deiner Mutter recht?“ Es war das erstemal, daß er mit aller Vorsicht die Mutter erwähnte.
„O ja, die sind ein Herz und eine Seele.“
„Was sagt denn Dein Vater dazu?“
„Ich habe keinen Vater.“ Eine heiße Glut flog schatten- gleich über Andreas Gesicht.
Kolf Anderken sah es. „Er wird rot für seinen Vater“, dachte er bitter. Dann durchflutete ein freudiges Gefühl sein Herz. Antje war nicht verheiratet, konnte er es glauben? „Ich meinte“, fragte er weiter, „Deine Mutter hätte sich verheiratet mit einem Schmied oder so was?“
„Ja“, gab Andreas zu, „es war mal so was vor Jahren im Gange, aber es ist nichts daraus geworden.“
Kolf jubelte innerlich. Antje war frei; kein anderer besah die er nicht sein eigen nennen konnte.

Er ging in den Garten. Die Freude zitterte noch in ihm nach. Es war ihm, als wäre plötzlich der Weg zu Antje wieder frei geworden. Langsam ging er unter den dachlaubigen Obstbäumen umher. Hier war Ruhe und Schatten, hier konnte er seine Gedanken sammeln.
Da kamen ihm auf dem Gartenwege zwei Gestalten entgegen, eine kleine, verhuschelte und eine überstarke, lebensvolle. Er stand wie versteinert. Das waren sie, seine Fesseln, die ihn nicht losließen. Wenn die eine einmal weniger stark drückte, hielt ihn die andere desto fester. Karoline und Ingeborg kamen näher; die eine begrüßte ihn mit grünlischer, die andere mit lachender Stimme. Sie blieben vor ihm stehen und gingen neben ihm her. Längst war der freudige Schimmer aus seinen Augen gewichen; er fühlte die selbstgeschmiebelten Ketten.
Ingeborg wurde Witwe. Der alte Kringelträger starb, und Kolf war einer der ersten im Leichengolge. Der noch immer hübschen Witwe stand die schwarze Tracht sehr gut; ihr Haar erhellte dadurch glänzender und ihre Augen dunkler. Sie sah auch weniger robust aus, und in ihren Tränen wußte sie Kolf aufs neue durch ihre Hilfslosigkeit an sich zu fesseln. Er konnte jetzt nicht mit ihr brechen, so gerne er es getan hätte. Er konnte sie nicht verlassen, da sie ihn gerade am nötigsten gedachte.
Die kluge Frau umgarnte ihn immer mehr. Was ihm anfangs als eine Blumenfessel erschienen war, wurde, als er es zerreißen wollte, zur Stahlfesse.
Eines Donnerstags morgens fuhr Kolf mit dem Einspänner nach Hulum zum Markt. Als er an dem Kringelzug vorbeikam, klopfte Ingeborg an das Fenster, und einen Augenblick später stand sie in der Tür und winkte ihm.
Er lenkte in die Durchfahrt hinein und sprang vom Wagen, und sie erzählte ihm in fliegender Eile eine unheimliche Geschichte von einem alten Gauner, der die Nacht über auf einem Bund Stroh in der Durchfahrt geschlafen und sich Kaffee und Butterbrot und verschiedene Schnapsen hatte geben lassen. Er hatte erzählt vom „großen Kristoffer“, und nun es zum Schluß komme, könne er nicht zahlen und machte sich auch nicht davon. Er verlangte noch, sie solle ihm Reisegeld bis Hamburg geben. Zum Unglück wäre der Knecht beim Schmeiß, und Vete, die Deeren, wäre so ängstlich, daß sie ihre Rückenröhre verkrampft hätte.
Es half nichts. Kolf mußte das Pferd aushaken und folgte ihr, ohgleich er sich schon im voraus sagte, daß dies „nur einer ihrer Vorwände war, mit dem sie ihn in ihr Haus zu locken suchte. Sie lief voran. „Ach Gott, ich habe den Kerl so lange allein gelassen! Mein Silberzeug, meine goldene Uhr! Ein Weib ohne Mann ist doch rein gar nichts.“
Kolf sah verächtlich auf das staltliche Weib, das sich hilflos wie ein Kind gebärdete. Er war nicht besonders guter Laune; die Kette drückte ihn, sie wurde ihm von Tag zu Tag lästiger.

Der alte Landstreicher — ein solcher schien es zu sein — sah fixen Blickes vor seiner geleerten Kaffeetasse. Er gehörte nicht zu der gewöhnlichen Sorte von Bettlern; das sah Kolf auf dem ersten Blick. Er war auch feiner von dem, die Frau Ingeborgs Silberzeug gefährlich werden konnten, obgleich der schlecht gestülpte Hunger aus seinem Augen sprach. Der Mensch wirkte abstoßend und anziehend zu gleicher Zeit.
Kolf Anderken trat mit dem Lächeln des Herrenmenschen an den Tisch des Unbekannten, und als er ihn näher ansah, fiel ihm in den braunen Augen und den tiefen Linien seiner Züge etwas Bekanntes auf. Er wurde unwillkürlich an etwas Feines, Liebliches erinnert, das ihn einmal glücklich gemacht hatte: das stimmte ihn weich und nachdenklich.
„Na, wohin soll die Reife gehen?“ fragte er in gutmütigem Tone.
„Ach, Herr, ich wollte nach Hamburg, dort habe ich Bekannte, die mir helfen können.“ Der Landstreicher erhob sich und machte eine elegante Verbeugung, als Kolf ihm zugetraut hatte. „Mein Name ist Amandus Neuhöfer. Sie haben gewiß von mir gehört. Ich bin Schauspieler, Charakterspieler und Tragöde, nebstbei auch Regisseur und stellvertretender Theaterdirektor gewesen. Ich habe in „Maria Stuart“ den Grafen Leicester gespielt. Mit Erfolg, sage ich Ihnen, alles weinte.“
Kolf unterbrach ihn: „Und was wollen Sie nun anfangen?“
„Ach Herr, ich habe Unglück gehabt. Es war in Lönning. Da wurde ich krank, und die Truppe reiste ohne mich weiter. Ich stand mittellos da. Bis hierher haben gute Menschen mir weiter geholfen wenn ich nur nach Jmmstedt käme, dort wohnt eine Tochter von mir.“
„Nun“, sagte Kolf, „bis Hulum könnt Ihr mit mir fahren. Steigt man auf. Vielleicht trifft Ihr in Hulum einen Wagen; der nach Jmmstedt fährt. Von Hulum ab ist es auch nicht mehr so weit.“
Der Alte drehte und wand sich noch. „Ja, ich weiß nicht recht —“
„Nun man los!“ kommandierte Kolf.
Dere Alte gehörte schon und respektvoll. Von Ingeborg verabschiedete er sich mit einer tiefen Verbeugung. Er würde sich erlauben, seine Rechnung das nächste Mal zu begleichen.
Ingeborg sah den beiden topfhitelnd nach. Anstatt den Zehnpfenniger an Amandus zu nehmen und vor die Tür zu gehen, und dann noch mit ihr ein Schäferstündchen zu erleben, nahm Kolf den Menschen mit auf seinen Wagen und ließ ihn sogar neben sich sitzen. Als ob es nicht für einen solchen Kerl gut genug gewesen wäre, hinten auf dem Futterfaß zu liegen. Ja, es war so, wie seine Mutter immer gelagt hatte: Kolf besah feil Standesgefühl; er war zu simpel mit jedermann.
(Fortsetzung folgt.)

brauchte man ja den Beamten nicht mehr einen billigen Vorzugspreis zu gewähren, sondern konnte ihnen das Blatt mit dem „deutschen Geiste“ gratis liefern. Man sieht also, die Not der Preise ist leicht zu beheben.

Weltere Schöpfung des Milchpreises. Vom Landesverwaltungsamt wird uns mitgeteilt, daß der Milchpreis, infolge der weiteren Steigerung der Butterpreise auf der letzten Hamburger Butterauktion, für die kommende Woche, beginnend am Freitag, dem 14. Juli, auf 10,60 Mark für einen Liter Vollmilch festgesetzt worden ist.

Von der Handelschiffahrt. Dienstag morgen traf im Hamburger Hafen der auf der Flenderwerft in Lübeck für die Deutsche Levante-Linie gebaute Dampfer „Galilea“ ein. Das Schiff, vorgesehen als Frachtdampfer für den Mittelmeerdienst, entspricht allen Anforderungen der Neuzeit. Hochdampfmotoren verleihen ihm eine Stundenleistung von 9 1/2 Seemeilen. Die Dampfjakt der Deutschen Levante-Linie wird in diesem Jahre noch um fünf Schiffe vermehrt, die auf verschiedenen Werften ihrer Fertigstellung entgegengehen. — Sinnes in der Ostasienfahrt. Die Reederei A.-G. Hugo Stinnes eröffnete Mitte Oktober einen neuen Passagier- und Frachtdampferdienst von Hamburg nach Ostasien. Als erstes Schiff in diesem neuen Dienst wird am 14. Oktober der Dampfer „Hindenburg“ von Hamburg nach Singapur, Hongkong, Shanghai, Kobe und Yokohama abgehen, dem in weiteren Abständen die Dampfer „Carl Legien“, „Rudendorff“, „Wolf v. Bayer“, „Scherer“ und „Albert Wegler“ folgen werden.

Zum Gemeindevorsteher in Blankensee ist vom Stadt- und Landrat der Landwirt Johann Kallies zu seinem Stellvertreter der Landwirt Karl Kapina verpflichtet worden.

Witzig. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins sprach ein Mitglied abend Genosse Weich über die Frage „Was tut uns not“. Genosse Weich schilderte eingehend die politische und wirtschaftliche Lage. Redner forderte die Anwesenden auf, sich bereit zu halten, wenn der Ruf ertönt. Die Situation sei hiermit, und das Proletariat müsse alles einsehen, die Republik zu schützen. — Nach einer kurzen Aussprache, wurden noch einige Parteianglegenheiten erledigt.

Sinnsweise auf Versammlungen, Theater usw.

Ganja-Theater. Die Aufführungsgenossenschaft „Ueber den großen Teich“ mit den Gärten Minna von Geemen, Emil von Dolle, Wido Schindler und W. D. Graami kommt täglich mehr an Zugkraft, jedoch wohl noch an vielen Abenden dieser großen Schläger das Ganja-Theater feuchende Publikum erfreuen wird.

Angrenzende Gebiete.

Erwartung. Gewerkschaftliche. Am Sonntag feierten die Arbeiter der Maschinenfabrik ihr fünfzigjähriges Bestehen in der Riebeckstraße. Trotz des schlechten Wetters, der bis in den Nachmittag andauernden, massenhaften tausend Gewerkschaftler hinter ihren Fahnen zum Festplatz, wo Genosse Dr. Leber die Festrede hielt. Er rief den Anwesenden zu, daß in dieser ersten Zeit Schicksal und Wagnis sich infolge unserer rapid herabstürzenden Wälder mühen und schmerzen wie zuvor. Man solle sich aber nicht beirren lassen und die Sorge des Alltags für wenige Stunden vergesen und ein erstes Fest feiern. Bergt aber auch in diesen Stunden den Kampf um die Freiheit nicht, der Euch vielleicht die nächsten Wochen um die Freiheit nehmen wird. Dr. Leber schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf die Freiheit! Nachdem der Chorverein noch einige wirksam vorzutragende Lieder zu Gehör gebracht hatte, begann der Festabend für Alt und Jung. Der Vortrag hatte inwieweit Einsicht mit dem arbeitenden Volke gehabt und schloß seine Schlußsätze. Der Festabend zeigte dann doch noch ein lebhaftes Bild. Die wenigen Stunden verließen schnell und der Tanz begann. Im Abend waren alle Lokale gut besucht. Das Fest nahm einen guten Verlauf.

Hamburg. Der Schach der Republik. Der Oberreichsanwalt hat von den nach der Verhaftung durch die hamburgische Polizei in Untersuchungshaft genommenen Angehörigen der Organisation C 8 Personen in Freiheit lassen lassen. — Die beiden Staatsanwälte „Wann man spricht“ und „Bürgerliste“ sind in Altona beschlagnahmt worden wegen Verächtlichmachung von Mitgliedern der hamburgischen Regierung. In Hamburg selbst kann man sie weiter laufen.

Hamburg. Vereitelte Millionenfälschung. Ein Freischafer beschlagnahmte Beamte des Wälderamtes 99 Kisten Wertgegenstände. Die Kisten waren von der zuständigen Reichsanstalt zugunsten des Reiches vorhanden und zwar für einen Kaufmann F. aus Berlin, der den Verkaufswert der Sachen mit 480 000 Mark angegeben hatte. Dieser gute Mann hatte aber einen anderen Berliner Firma B. Sch. die Bestelle für 580 000 Mark, diese dem Kaufmann Sch. die Instrumente für 640 000 Mark verkauft. Von Sch. aus wurde durch Vermittelung eines Perückenmachers von L. der Moller und „Redakteur“ B. für die Angelegenheit interessiert, dem man 710 000 Mark als Kaufpreis nannte. Von hier an sollte der große Wälder gelingen. Bei Verhandlungen mit einem Gutsherrn Sch. aus der Umgegend Hamburgs, wurde der Perückenmacher als einflußreicher Reichstagsabgeordneter vorgestellt. Der Gutsherr, der durch ein gutes Geschäft Verluste in Viehgeschäften weit machen wollte, ließ sich von den Schiebern herab, daß Ausländer die Instrumente jederzeit für Millionen kaufen würden und schließlich einigte man sich auf einen Preis von 1 700 000 Mark. Für dieses kleine Geschäft, man nennt es „Rechtshilfsgeheimnis“, dürften sich die Finanzämter sehr interessieren. Der jamose „Redakteur“ B., der ein Fachblatt redigiert, konnte vor der Schiebung nicht einmal 20 000 Mark aufbringen, sondern mußte bei einem Buchhändler in der Friedrichstraße borgen. Nach dem Besuch des Gutsherrn aber war dieser Herr über Nacht um 580 000 Mark reicher geworden; ähnlicher Segen, wenn auch nicht in gleichem Maße, ergoß sich über die anderen Schieber. — Gegen solche Sippchaft ist in den meisten Fällen von der deutschen Justiz mit viel zu großer Milde verfahren. Auch diese gewissenlosen Elemente gehören zu den Schädlingen der Republik und müssen als solche weit scharfer bestraft werden, als es bislang der Fall war.

Boizenburg. Explosionsunglück in Zweddorf. Mittwoch früh etwa gegen 11 Uhr ereignete sich auf dem Platze der Gesellschaft zur Verwertung von Heeresgut in Zweddorf bei Schwandorf ein fürchterliches Explosionsunglück. Dort ist die gesamte Hofanlage in die Luft geflogen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind zehn Tote zu beklagen; eine größere Anzahl Personen ist schwer verletzt. Die Entstehungsursache ist noch nicht genau festgesetzt, vermutlich ist sie in der Verstopfung der Abfuhrrohre zu suchen. Die Gesellschaft zur Verwertung von Heeresgut in Zweddorf teilt folgendes mit: Heute vormittag 10.30 Uhr ereignete sich eine schwere Explosion in der Verwertungsanlage. Die Anlage ist vollständig zerstört. Es sind neun Tote und zehn Verletzte zu beklagen. Die Entstehungsursache hat sich bisher noch nicht aufklären lassen. — Zu dem Explosionsunglück in Zweddorf erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Als Mittwoch früh die Tagelöhner abhüllte, stellte der Betriebsleiter der Tagelöhner fest, daß die Luftschleuse an dem Ventil und Zuluhrverfahren verstopft waren. Er ordnete darauf die Reinigung mittels eines vorrätigen Bronzefilters an. Als die Arbeiter der Tagelöhner die Anlagen verließen, war die neue Schicht, insbesondere der Betriebsleiter und sein Helfer bereits mit dieser Reinigung beschäftigt. Wenige Minuten später erfolgte eine schwere Explosion, und die entzündeten Zeugen beobachteten eine dicke weiße Wolke und verspürten starke Luftdruckeinwirkungen. Als sich die Rauchwolke zerteilte, war die Verwertungsanlage verschwunden und die übrigen Betriebsanlagen fürchterlich demoliert; der Betriebsleiter, sein Helfer und sieben Arbeiter, die sämtlich im Augenblicke der Explosion auf der Anlage standen, waren in Stücke zerissen und 10 bis 15 andere Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt. Der Betriebsleiter wird auf viele Millionen geschätzt. Außersich ist infolge gähniger Wundränder kaum zu verzeichnen. Die Verletzten wurden teils mit Extrazug, teils mit Krankenautos in die Krankenhäuser von Lauenburg und Radeburg übergeführt. Die Entstehungsursache wird vermutungsweise zurückgeführt auf Reibungsentzündung bei der Reinigung, die bei dem notwendigen Gerät nach allen Erfahrungen keineswegs vorkommen darf. Eine positive Feststellung ist jedoch wegen des Todes der unmittelbar Beteiligten erschwert. Die Veruntreuung der Kasse soll dadurch veranlaßt sein, daß während der vorhergehenden Nacht noch wiederholte Beanspruchung der Verwertungsanlage unzureichend Dampf an die Verwertungsanlage abgegeben worden ist.

Schwern. Ein Verlöbter. In fast alle dunklen Verlöbter- und Mordangelegenheiten, die wir in den letzten Jahren erlebten, ist die Organisation Kaffsch beteiligt. Die Kaffsch-Truppe, deren Mitglieder teils aus holländischen Offizieren, teils aus Landsturmleuten, die sich in Kur-

land und Oberschlesien durch Raub und Mordtätigkeit hervorgetan haben, tritt immer freier in der Gauen von Medlenburg auf. Die Arbeitergemeinschaft Kaffsch wurde zwar von der Regierung im November 1921 aufgelöst, aber zwei Wochen später rekonstituierte sie sich neu unter dem Decknamen eines „Vereins für landwirtschaftliche Berufsausbildung C. B.“ mit einem Zweigverein der sich „Sparverein“ nennt und in Wirklichkeit den Zweck hat, den Mitgliedern rücksichtslos ihre Spargroschen abzulupfen, wenn sie nicht die vorgeschriebene Zeit bei der Organisation aushalten. Es muß nämlich jedes Mitglied monatlich 20 Mk. an die Spartasse abführen. Dieses Geld dient dann als Pfand für das weitere Verbleiben. Die Polizei sollte eigentlich wissen, daß diese beiden neuen Vereine nur ein Deckmantel für das Fortbestehen der verbotenen Organisation sind, trotzdem läßt sie die ganze Korona mit Schießwaffen, Dolchen und Gummiknüppeln herumlaufen. Die Vernehmung wird größtenteils von den Gutsbesitzern unterhalten. Diese haben für jeden Mann, den sie zugewiesen erhalten, bedeutende Summen abzuführen. Der Hauptmann ist und bleibt Oberleutnant Rohbach. Sein Unterdirektor ist der Major Weber. Er befindet sich augenblicklich auf dem von der Lübecker Güte Kaffsch. Der Gauleiter des Gaues Wismar-Ost ist Oberleutnant Burandt, der sich auf Gut Kaffsch bei Hornstorf befindet. Der Gau Wismar-Ost ist wieder in Abschnitte eingeteilt. Jeder Abschnitt erhält einen Kreisleiter, der regelmäßig ein Offizier ist. Im Abschnitt Wismar war vom Juni bis November 1921 Leutnant Walter Bender Kreisleiter. Als dieser Herr, der in Versammlungen der arbeitenden Mitglieder zunächst seinen Redner auf den Tisch zu legen pflegte, plötzlich nach Breslau verschwinden mußte, wurde sein Nachfolger Leutnant Walter Junck, Herausgeber des Buches: „Strafrecht — es wird geschossen.“ Er lebt auf der Insel Boel bei Wismar. Die Regierung sollte schämen die Güter, auf denen die Herren ihren Sitz genommen haben; nach Waffen durchsuchen lassen, sie wird genug finden.

Auf die Landarbeiter üben die Kaffschler einen unerhörten Druck aus. Strecken die Landarbeiter, so kommt die Kaffschler (mit Waffen natürlich) sofort dem Herrn Gutsbesitzer zu Hilfe und verprügeln die Landarbeiter, wenn sie nicht zu Schanden sind und Geldentschädigungen gegeben werden. Im Gau Wismar-Ost sind allein annähernd 200 Kaffschler auf den Gütern tätig. Jeder Kaffschler-Mann hat Waffen, teils Schusswaffen, teils Dolche oder Gummiknüppel, die er in seiner Bekleidung versteckt halten muß.

Jedes Gut hat einen Trupp Kaffschler, je nach Größe des Gutes, und jeder Trupp hat einen Führer, der von der Gutsleitung auf Herz und Nieren geprüft wird, ob er auch „wasserbrot“ ist. Ein solcher Truppführer ist z. B. der entlassene Sipolmann Felix Meißmann, der bei dem Landfriedensbruch auf Boel (Uebelstall auf streikende Landarbeiter) sich besonders hervorgetan hat, wofür er von Major Weber das „Kaffsch-Kreuz“ erhielt. Dieser Held geht auch sonst alles ganz mitfühlend zu. Erhebt ein Offizier, so wird, wie in der Kaserne, „Achtung!“ gerufen, und die ganze Gesellschaft klappt die Hacken zusammen, bis das Kommando „Weiter machen!“ gegeben wird.

Die meisten Leute haben zu erster Arbeit keinerlei Lust, denn sie sind an das Bagabundenleben gewöhnt. Sie warten nur darauf, daß es bald „wieder losgehen“ wird und reden davon, daß sie bei einem bevorstehenden Rechtspruch jeden Kaffschler auf den sie treffen, kaltmachen werden. Ihr Hakenkreuz-Spruchwort „Kaffschan — die gottverfluchte Judenrau“ tragen sie ganz stolz und zuversichtlich herum. Die Offiziere erklären ihnen, daß sie bald Gelegenheit haben würden, ihr Mütchen an den Juden zu kühlen.

So wird dem „Vorwärts“ berichtet. Hier wäre eine Gelegenheit, die Verordnung zum Schutze der Republik anzuwenden.

Aus der Partei.

Zum Parteitag. Von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden folgende Genossen zum Parteitag nach Magdeburg delegiert: Hoch, Hoffmann-Kaiserslautern, Kaufmann, Köster, Landbruch, Scheidemann, R. Schmidt, Simon-Lausburg, Wiffel, Severing, G. Schmidt, Bender, Schumann, Feldmann, Giebel, Harleib, Sollmann, Hübnitz, Stücken, Pfütz, Schuch, Tsch. Als Ersatzleute wurden die Genossen Bernstein und Hellmann bestimmt. Berichterstatter ist Genosse Vogel-Branken.

Sozialist und Philosophie.

Von Dr. Reinhard Siecken.

Sozialist und Philosophie. Soziale hat einmal gesagt, wenn sich Wissenschaft und Arbeit bekämpfen werden, so alle Kulturüberreste erlöchen. Marx stellte mit Bewußtsein die Verbindung der Arbeiterklasse und der Philosophie her. Auf den Schultern der deutschen Philosophie um die Wende des 19. Jahrhunderts ruht der Sozialismus. Je mehr sich der einzelne Anhänger des Sozialismus dieses Zusammenhanges bewußt wird, um so leistungsfähiger und zuverlässiger wird er sein. Aber der Sozialismus nicht als reine, befristete Ideologie in sich selbst, wenn Sozialismus nicht Weltanschauung und Lebensauffassung bedeutet, was nicht in ihm liegt und Hoffnung für höhere Stufen, Errettung in Kampf und Arbeit und innerliches Glück findet, der wird von jedem Heiner oder größeren Mißerfolg, von jeder primitiven Enttäuschung, von jeder politischen Versögerung der Entfaltung aus der Bahn geworfen. Die ungeliebte Sprache der Arbeiterklasse, diese große Sprache der Arbeiter und des Kapitalismus, diese große Sprache der sozialistischen Bewegung in einer einheitlichen Sprache erklärt sich zu einem großen Teil daraus, daß vielen Genossen der Sozialismus noch eine Sache des nächsten Lebens ist, ein Ziel, das man erreichen will, ein Ziel, das man nicht erreichen kann, ein Ziel, das man nicht erreichen will, ein Ziel, das man nicht erreichen kann. Auch in der Auseinandersetzung mit dem Idealismus hat der Sozialist an Philosophie die sozialistische Bewegung oft leidet, der andere Philosoph als sie ist. Vieles erwarb die sozialistische Bewegung, der sozialistische Kampf ist ein Kampf gegen den Idealismus, der sozialistische Kampf ist ein Kampf gegen den Idealismus, der sozialistische Kampf ist ein Kampf gegen den Idealismus, der sozialistische Kampf ist ein Kampf gegen den Idealismus.

Gefühl der Geisteswissenschaften heute messen dürfen, während nicht ungeliebt der Geist von Schiller und Goethe oder Kant und Fichte an der Durchschnittsbildung unserer Geisteswissenschaften gemessen werden darf. Stellt man uns von Keilern die kurze die Gewissensfrage: Wie hältst du es mit der Religion? so dürfen wir die Gegenfrage stellen: Was weißt du denn von der deutschen Philosophie? Wie hältst du es zu unserem Hegel und Herder und Schiller und Goethe? Was hat da von Marx und Lassalle andierte? Vor solchen Fragen werden sich anmaßende Leute dann doch etwas bescheidener werden. Aber freilich, um das Recht zu haben, diese Fragen zu stellen, müssen wir selbst unsere geistigen Wälder und Führer auch wirklich kennen. In unserer Presse ist ihr Geist lebendig. Ob er es nicht noch mehr sein könnte, mag geprüft werden. Aber die Presse hat ihre Hauptaufgabe im Bereiche der Tagesfragen. So selbstverständlich es für den Arbeiter ist, keine sozialistische Zeitung zu lesen, genau so selbstverständlich sollte er andererseits als dauernde Unterlage für seine politische Haltung und für seine ganze Lebensführung ein paar Bücher im Hause und zugleich im Kopf und Herzen haben, die nicht gleich der Zeitung nur einmal gelesen und dem der Vernichtung überliefert werden. Der Bund von Philosophie und Industrie, den Marx schloß, den muß die ganze große sozialistische Bewegung anrecht erhalten. Leider vermag hier die Seele; sie will ja selbst von Philosophie nichts wissen. Wo sie unsere großen Denker bisher schon behandelt hat, geschah es in aller einseitiger Auslegung. Das dies künftig besser werde, ist bringendes Ergebnis der deutschen sozialistischen Republik. Aber einweilen suche auch der einzelne Genosse schon außerhalb und jenseits der Schule einen Weg zu den Quellen wirklichen geistigen Lebens und echter Bildung. Er benutze alle Möglichkeiten, die ihm unsere Volksbibliotheken, Volksbildungsvereine und Volkshochschulen bieten. Er wird in den Reihen der Arbeiter und Frauen, die dort mitarbeiten, auch leicht persönliche Berater finden, die ihm zu den rechten Büchern helfen oder auf Einzelfragen Auskunft geben. Kurzlich frage mich ein sozialistischer Leser wie er sich in die Philosophie einarbeiten kann. Der Weg dahin macht erstrebte Denarbeit, aber schwer zu finden ist er nicht. Ich will deshalb den Rat, den ich erteile, hier wiederholen: Ich empfehle zunächst Hegel, Meiner: Philosophie der Gegenwart, die als ein Bandchen der billigen Sammlung „Wissenschaft und Bildung“ von Hecker u. Meyer in Leipzig erschien. Man bekommt so einen Überblick über den heutigen Stand der Philosophie. Man schreibe dann hierzu von demselben Verfasser keine Geschichte der Philosophie. Es sind drei Bändchen der gleichen Sammlung. Da gewinnt man einen Überblick in die jahrelangende Entwicklung des philosophischen Denkens. Man erlebt die ewige Spannung mit, zwischen dem materialistischen und idealistischen Empirismus, zwischen Optimismus und Pessimismus, zwischen Zweifel und Glauben — all diese Spannungen, aus denen letzten Endes das Leben des menschlichen Geistes erst entsteht und aus denen doch auch, trotz aller Widersprüche, eine stetige Entwicklungslinie der Vertiefung und Veranschaulichung entsteht. Denn selbstverständlich ist es eine Ent-

stellung, deren Zweck sehr durchsichtig ist, wenn manchmal von kirchlicher Seite behauptet wird, in der Philosophie läge immer nur eine Meinung die andere ab und stoße der eine Denker um, was der andere außergerichtet habe. Ich habe Meiner genannt, weil er verständlich — wenn auch nicht leicht verständlich — schreibt; auch steht er mit seinen Anschauungen durchaus auf modernem Boden. Der Sozialist wird hier nirgends den oberflächlichen Verurteilungen und Verleumdungen begegnen, durch die ihm die Lektüre manches anderen sogenannten wissenschaftlichen Wertes verleidet wird. Eine andere, gleichfalls botanisch-geliche der Philosophie ist die zwei Bändige von Karl Vorländer, wohl schon etwas schwieriger als die Meiner'sche gehalten, aber gleichfalls dem Sozialismus nahe stehend, den gerade Schiller und Goethe in Beziehung steht. Dieses Werk erschien in dem bekannten Verlag von Felix Meiner, Leipzig. Hat man sich so im allgemeinen orientiert, dann muß man natürlich versuchen, den einen oder anderen Philosophen auch im Original zu lesen. Das ist gleichfalls unangenehm zu machen; ich verweise hier zunächst auf die allbekannte Reclam'sche Universalbibliothek, deren Bildungswert für das deutsche Volk gar nicht genug gelobt werden kann. Sie sollte immer noch viel mehr benutzt werden. Sie hat schon manchem, der keine höhere Schule besuchen konnte, zu einer Bildung verholfen, die mehr wert ist, als so manche mühsam eingepaukte Einjährigens- oder Abiturientenbildung. Da kann man sich einmal ein Bändchen, wie Kants Grundlegung zur Metaphysik der Sitten oder wie Nietzschs Bestimmung des Menschen oder wie die neuerdings erschienenen von Karl Marx über Lohnarbeit und Kapital oder Dahmann: Ein Wort über Verfassung und dergleichen mehr. Man wird dann bald mitten in philosophischen Studien drinnen sein und über diese Fragen mitdiskutieren können. Man wird von solchen Anfängen aus dann leicht den Weg weiter finden. Wissenschaftlicher und teurer, aber auch immer noch erschwinglich und mit vorzüglichen Einführungen versehen sind die Ausgaben philologisch-schulischer Schriften in der „Philosophischen Bibliothek“ von Fel. Meiner. Ueber die Preise dieser Bücher kann ich leider bei den gegenwärtig so veränderlichen Verhältnissen keine Auskunft geben; es handelt sich aber bei allen von mir genannten Verlagen von Reclam, Quaele u. Meyer sowie Felix Meiner um besonders billige und billige Ausgaben. Vor allem möchte ich Leuten rathen, die in der sozialistischen Bewegung eine so besonders schöne und vielversprechende Aufgabe haben, einen Versuch mit diesen Schriften zu machen. Sie werden dadurch schon ihre ganze Arbeitserfahrung in der Schule mit ehemaligen Geist befuchen. Sie werden dann aber auch in Diskussionsabenden der Partei oder bei anderen Gelegenheiten die sozialistische Bewegung nach dieser Seite hin vertiefen können. Bleiben mir immer des schönen Goethewortes eingedenk: Wozu suchst du den Weg so schmüchselnd, Wenn ich ihn nicht den Strubenzeln zeigen soll?

Gewerkschaften.

14. Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Kr. Frankfurt a. M., 11. Juli.

In der Debatte über den Geschäftsbericht wendet sich gleich der erste Diskussionsredner Koch-Fürth gegen die Tätigkeit des Verbandsvorstandes, soweit seine Mitarbeit beim ADGB in Frage kommt. Bei dem Einfluß, den der Verband als zweitgrößte Organisation hat, habe man Größeres erwarten müssen. In der Sozialisierung habe die Arbeiterchaft eine große Enttäufung erlebt; anstatt Sozialisierung sehe man immer stärkere Kapitalisierung. Der Hinweis auf Marx und Engels treffe nicht zu, denn diese konnten nicht voraussehen, wie die Verhältnisse heute liegen. Die Behandlung der kommunistischen Kollegen seitens des Verbandsvorstandes sei zu verwerfen. Auch diese Richtung wolle ja das Beste für die Organisation. — R. i. m. i. ch. — Mügelin stimmt mit dieser Kritik überein. Auch er wendet sich gegen die Auffassung, als wenn alles, was gegen den Vorstand gerichtet ist, gewissermaßen von anderer Seite erst inspiert wird. — Löcher-Ludwigswiggen rüchelt seine Kritik ebenfalls gegen den Vorstand, soweit sich dessen Tätigkeit auf die jüdischen Kollegen erstreckt. Vor allen Dingen erhebt dieser Redner gegen die Arbeitsgemeinschaft schwere Vorwürfe. — Dielem Redner tritt mit harter Entschiedenheit Schneider-Erfurt entgegen, der mit Rücksicht auf seine Erfahrungen beim Streik der Denna-Werke einen starken Eindruck hervorruft. Er stellt fest, daß der Verband der Fabrikarbeiter doch mit allen Mitteln dafür gesorgt habe, daß der gewerkschaftliche Einfluß zur Geltung kam, daß es aber die Richtung Koenen gewesen ist, die versuchen wollte, den gewerkschaftlichen Einfluß zu unterbinden. Wer die Bewegung in Mitteldeutschland mitgemacht habe, könne die Stellung des Vorredners nicht begreifen. Er könne auch nicht die Anträge befürworten, die gestellt worden sind, um dem Vorstand einen Tadel für seine Tätigkeit in den letzten zwei Jahren auszusprechen. Redner zeigt an einigen Beispielen, wie die Arbeit der Organisation zur Hebung der allgemeinen Lage der Arbeiterchaft von unverantwortlicher Seite oft unterbunden wird.

Die weitere Diskussion dreht sich fast ausschließlich um die Frage der Arbeitsgemeinschaft, Sozialisierung und die 10 Punkte. Die Mehrzahl der Redner, die am ersten Verbandstag zum Worte kamen, wandten sich gegen die Arbeitsgemeinschaft in ihrer heutigen Form. Sie wünschten auch im Interesse des Proletariats schnellere Arbeit in der Frage der Sozialisierung. In ziemlich weitgehender Uebereinstimmung sind sich die Redner dahin einig, daß die Kämpfe auf einer breiteren Grundlage gestellt werden müssen, doch finden sich gerade in der letzteren Forderung eine Reihe Diskussionsredner, die vor einer solchen Vorbereitung warnen.

Im Verlaufe der Diskussion geht ein Antrag ein, der verlangt, daß in bezug auf die Tarifverträge die Loslösung von der Arbeitsgemeinschaft für notwendig erachtet wird. Der Hauptvorstand soll beauftragt werden, in Zukunft mit den in Betracht kommenden Arbeitgeberverbänden Tarifverträge ohne Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft abzuschließen. Wo noch Tarifverträge mit der Arbeitsgemeinschaft vorhanden sind, soll der Hauptvorstand unter Wahrung der Interessen der Mitglieder dieses Verhältnis lösen. Die Arbeitsgemeinschaften werden auf ein engeres Gebiet begrenzt, als da sind: Befehung der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper, Außenhandelsstellen und des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Darin soll nach dem Antrag der Verbandstag auch in Zukunft weiter mit der Arbeitsgemeinschaft zusammenarbeiten.

Am Dienstag wurde die Diskussion über die Geschäftsberichte fortgesetzt. Es kamen noch eine stattliche Anzahl Redner zum Wort, die in ihren Gedankengängen der geistigen Ausprägung treu blieben. Dann folgten die Schlussworte der Berichterstatter, wobei besonders Vorherrscher die heutige wirtschaftliche Lage, in der Deutschland lebt, aufrollte und mit den Kritikern eine scharfe Abrechnung hielt.

Bei den Abstimmungen wurde zunächst mit 128 gegen 88 Stimmen der Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft abgelehnt, ebenso mit 90 gegen 105 Stimmen ein Antrag, der die Zusammenarbeit mit den christlichen und kirchlich-Denkenden Gewerkschaften abgelehnt wissen wollte. Alle übrigen Anträge, darunter auch die, die der Redaktion einen Tadel auszusprechen wollten, wurden gegen ganz geringe Minderheiten abgelehnt. Anhang fand folgende Resolution:

Entscheidung.

Der ordentliche Verbandstag der Fabrikarbeiter Deutschlands stellt fest, daß nach der Vereinbarung mit den Arbeitgeberorganisationen im November 1918 unter anderem die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen zu erfolgen hat. Diese Vereinbarung war die Grundlage der später gebildeten Arbeitsgemeinschaften. Die Vereinbarung befaßt nicht, daß die Regelung der Arbeitsbedingungen in den Arbeitsgemeinschaften erfolgen soll.

Die Rahmen- und Lohnsätze auf kollektiver Grundlage sind dementsprechend auch zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen abgeschlossen worden. Einige Arbeitsgemeinschaften sind aber in eine enge Verbindung mit den Tarifgemeinschaften getreten, namentlich durch Übernahme von tariflichen Einrichtungen, wie Schlichtungsstellen und dergleichen.

Der Verbandstag erachtet in dieser engen Verbindung zwischen Tarif- und Arbeitsgemeinschaft eine Gefährdung des Tarifgedankens.

Im Bezug auf die Regelung der Arbeitsbedingungen erachtet der Verbandstag die Loslösung von der Arbeitsgemeinschaft für notwendig und beauftragt den Hauptvorstand in Zukunft mit den in Betracht kommenden Arbeitgeberverbänden Tarifverträge ohne Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaften abzuschließen.

Wo Tarifverträge mit den Arbeitsgemeinschaften verbunden sind, hat der Hauptvorstand dieses Verhältnis unter voller Wahrung der Interessen seiner Mitglieder tunlichst bald zu lösen.

Bei Beratung der vorerwähnten Vereinbarung vom November 1918 stellte sich die Notwendigkeit heraus, zur Durchführung eine paritätische Organisation zu bilden; nämlich die Arbeitsgemeinschaft. Dieser wurde die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden Wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen sowie aller sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten übertragen.

Die Arbeitsgemeinschaften haben die Aufgaben in der Weise zu erfüllen gesucht, daß sie in Verbindung mit den Regierungsorganen wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper und Außenhandelsstellen auf paritätischer Grundlage errichteten.

Die Befehung der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper, Außenhandelsstellen und des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften und zwar auf Grund von Vorschlägen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisationen, die den Arbeitsgemeinschaften angeschlossen sind. Durch Verordnung auf gesetzlicher Grundlage ist den Arbeitsgemeinschaften diese Befehung nicht zuzuerkennen.

Der Verbandstag hält unsere Mitwirkung in diesen Körperschaften für notwendig. Daraus ergibt sich, daß der Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften solange nicht ratsam, bis eine andere gesetzliche Regelung der Befehung dieser Stellen gebildet ist. Gegen 10-12 Stimmen wurde der Gesamtvorstand entlastet.

Nunmehr trat der Verbandstag in die Erörterung über den Leipziger Gewerkschaftstongreß ein, über den Wolmann-Danajg berichtet.

Ueber diesen Gegenstand werden wir nach Abschluß der Aussprache noch berichten.

Aus aller Welt.

Freihängers Mordbege. Der „Vorwärts“ berichtet: „Vor kurzem ist aus Hamburg ein Mann namens Häufiger nach Berlin gekommen, der, für den Psychiater schnell erkennbar, mit allen Merkmalen des Größenwachsens behaftet ist und dennoch in der deutschen Republik frei herumrennt. Häufiger ist Präsident der Französischen Sekt-A.G. in Paris-Ceveyan gemein und will nach seinen eigenen Bekundungen im Besitz von Auslandsdevisen im Betrage von 1.300.000 Frank sein. Er nennt sich „Monarch, König aller Könige“, ist nach seinen eigenen Worten in seiner Jugend „oft gegen seinen eigenen Willen zur Unzucht verleitet worden“ und will, vermutlich um seine Jugendlinden zu büßen, jetzt der Messias, der „über aller Parteien“ stehende Diktator sein. In der neuesten Nummer seiner Zeitschrift aber betreibt er sogar offene Mordbege. Er schreibt in bezug auf den Herausgeber einer linksdemokratischen Berliner Morgenzitung: „Stride, gute Friedenswahrer. Freiwilige vor, die Stride liefern und dieses traurige Lumpenpaar kurzerhand dem ewigen Frieden im Jenseits zuführen. Hunde sind die Deutschen, die das länger mit ansehen.“ Eine solche unerbörliche Sprache ist auch vor Erzbergers und vor Athenaus Tode von gewissenlosen Hehern geführt worden und die Behörden, die das noch länger mit ansehen, laden eine schwere Verantwortung auf sich. Bereits vor einigen Wochen ist es, anlässlich eines Auftritts des „Messias“ in Waidnamsdorf, zu schweren Ausschreitungen gekommen. Es ist Zeit, dem Treiben dieses gemeingefährlichen Geisteskranken ein Ende zu bereiten.“ Dieser gefährliche Burche verführte bekanntlich vor längerer Zeit in Lübeck eine Gastrolle zu geben, wurde aber von der Polizei ausgewiesen.

Ein Mordtat wegen Meistkretisigkeiten. Der Vorbesitzer des Grundstücks Dülberhöft bei Landsberg a. W., Arm, verübte wegen Meistkretisigkeiten einen Anschlag auf den ehemaligen Kreisrat, Rittermeister Freiherrn v. Lüttwich, einem Bekter des aus dem Rary-Fürst bekannten Generals. Arm, der aus seiner Wohnung ausziehen sollte, schoß mit einer Doppelflinte auf Lüttwich und verletzte ihn. Der Schütze wurde verhaftet, erklärte aber sofort, daß er den Freiherrn v. Lüttwich töten wolle, wenn er wieder freigelassen sei.

Der „billigste“ Mörder. Greifswald war im letzten Jahre der Schauplatz eines entsetzlichen Verbrechens. Der Gaimitz Wienhold wurde dort am 21. August 1921 auf Veranlassung seiner Ehefrau und mit ihrer Beihilfe durch den Grund seines Sohnes, namens Mengdehl, ermordet. Sie erschlugen den im Bette liegenden Mann mit einem Küchenbeil. Die mit einem Hemd bekleidete Leiche war nach der Tat unter Mitwirkung des Sohnes von den beiden in einen Koffer gepackt, zwei Tage später von den beiden Männern aus der Wohnung geschafft, in einem Garten vergraben, nach einem halben Jahre, da das Versteck ihnen nicht mehr sicher erschien, ausgegraben und auf einem anderen Platze neuerdings vergraben worden. — Otto Wienhold war ein völlig willenloses Werkzeug der Mutter. Für Mengdehl lagen keinerlei andere Gründe vor als Eigenneß. Soweit feststeht, hat er von der Frau gelegentlich Getränke und Zigaretten erhalten und 200 Mark hat. Andere Beziehungen zwischen ihm und der Frau wurden von beiden abgestritten. Die Frau, seit 24 Jahren mit dem Ermordeten verheiratet, Mutter von 8 Kindern, 49 Jahre alt, hatte hintereinander mehrere Verhältnisse unterhalten, bei denen

sie die Männer zur Bekriedigung ihrer Euz- und Vergügnungs-lust Bränshäfte, soweit sie konnte. Vor und nach der Tat hielt sie es mit einem Schneider, der bald nach dem Mord zu ihr zog. Schon früher hatte die Wienhold mehrfach versucht, ihren Mann zu beseitigen. Das eine Mal soll sie dreitausend Mark geboten haben, ein anderes Mal hat sie sechstausend Mark tatsächlich versprochen. Der Mörder Mengdehl war schließlich der „billigste“. In dreitägiger Verhandlung beschäftigten sich die Greifswalder Geschworenen mit diesem Verbrechen. Das Urteil lautete: Gegen die Wienhold und Mengdehl auf Todesstrafe, gegen die W. dazu wegen verunglückter Inhaftung zum Gattenmord auf 2 Jahre Gefängnis nebst den üblichen Nebenstrafen. Otto Wienhold wurde wegen Beihilfe zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Raubmord an einem Wafslager. In Bantori, am Deister drangen nachts vier Männer in die Wohnung des Wafslagers Leo Schmitz ein, überfielen diesen im Bett und prügelten ihn mit Laten zu Tode. Die Leiche des Ermordeten warfen die Täter zum Fenster hinaus. Die Logiswirtin des Wafslagers, die durch den Räum wach geworden war und ihrem Mieter zu Hilfe eilen wollte, erhielt einen wichtigen Schlag auf den Arm, so daß sie gezwungen war, sich wieder in ihr Zimmer zurückzuziehen. Die Täter sind entkommen. Der Mord scheint in räuberischer Absicht ausgeführt worden zu sein.

Peft und Cholera in Griechenland. Gegen die Einschleppung von Peft und Cholera, die in Griechenland herrschen, verfügte die Regierung an der Grenzstation Gewegli strenge Quarantänemaßregeln. Alle aus Griechenland kommenden Reisenden müssen sich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen. Während dieser Zeit werden ihre Geffekten gründlich desinfiziert. Die Untersuchung dauert vorläufig 24 Stunden, jedoch steht eine längere Quarantänezeit in Aussicht.

Schweres Eisenbahnunglück. Nach einer Meldung aus Madrid sind auf dem Bahnhof in Parados bei Valencia ein Schnellzug und ein Personenzug zusammengestoßen. Beide Züge wurden vollständig zertrümmert. Bisher sind 12 Tote geborgen. Die Zahl der Verletzten soll bedeutend sein.

Die Parabel vom Recht der Rechtsverdreher.

Von H. Lauffer.

Als der Student Li-Fung in seine chinesische Heimat zurückkehrte, wurde er von einem Großen des Landes darüber befragt, ob es wahr sei, daß in Europa so viele Doktoren seien und sogar das übrige Volk sein Leben ganz auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut habe. Li-Fung bejahte, und da der Frager näheres darüber wissen wollte, wie sich der Doktrinisismus im Volk auswirkte, erzählte der geschmeichelte Li-Fung folgendes Beispiel:

„Die deutschen Köche können alle sehr gut kochen, besonders aber das Fleisch. Da ich selbst ein großer Freund von Kochfleisch bin, ging ich in einer Stadt, in der ich meinen Studien oblag, in die verschiedensten Restaurants, bis ich eins fand, wie ich es in bezug der Fleischbereitung noch nirgends anders gefunden hatte. Das Fleisch war so delikat, daß mir noch jetzt bei dem Gedanken daran das Wasser im Munde zusammenläuft. Ich brannite vor Begierde, hinter das große Geheimnis der Zubereitung zu kommen, zu welchem Zwecke ich mich mit dem Koch des Restaurants anfreundete, der mir bereitwillig Auskunft gab, da er sich mir durch das Lob über seine Kunst verbunden fühlte. So erfuhr ich, daß er das Fleisch auf wissenschaftlicher Grundlage zubereite und daß das Hauptgeheimnis darin bestände, es mit kochendem Wasser anzuziehen, denn, so erklärte er mir, in kochendem Wasser gerinnt das Eiweiß an der Schnittflächen des Fleisches, die Poren schließen sich und das Fleisch erleidet keinen Sauerferl. Mir leuchtete das ein und ich pries im stillen die europäischen Professoren, die selbst dafür sorgen, daß die Köche nach den Erkenntnissen ihrer Forchung arbeiten.

Lange ach ich dort, bis ich mir, da ich in ein anderes Stadtviertel zog, ein anderes Restaurant aussuchen mußte. Ich hatte Glück und war erstaunt, schon im ersten Restaurant, das ich in dem neuen Viertel aufsuchte, ein Fleisch zu bekommen, das dem, nach dem wissenschaftlich durchgebildete Koch bereite, in nichts nachgab. Darob lobte ich auch diesen Koch ganz außerordentlich, worüber er sich eben freute wie der erste und mir sogar, was der erste nicht getan hatte, sein Geheimnis ohne Aufforderung preisgab. Ich wunderte mich, als er mir erklärte, seine Kunst sei das Ergebnis wissenschaftlicher Forchung und besteht in der Hauptsache darin, daß er das Fleisch, nicht wie andere Köche, in kochendem Wasser aufsehe, sondern in kaltem.

Der Kaltgeschalt nämlich, so erklärte er mir, verschleße, da der Raif in kaltem Wasser das Bestreben habe, sich abzulegen, die Poren der Schnittflächen des Fleisches und so bleibt der Saft im Fleische erhalten.

Das ist der europäische Doktrinisismus, beendete Li-Fung. Es streiten sich viele um ein und dieselbe Sache und jeder hat recht, nur die Bonifon ist verschieden.

Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Bekanntmachung

best. das Umherlaufen von Federvieh auf den Straßen des Stadtteils Travemünde.

Es werden äduernb Klagen darüber geführt, daß die Viehhalter in Travemünde ihr Federvieh auf den Straßen, Wegen oder Plätzen des Stadtteils Travemünde umherlaufen lassen.

In dieser Veranlassung weist das Polizeiamt darauf hin, daß das Umherlaufen von Federvieh auf den Straßen, gemäß § 88 der Straßenpolizeiordnung für Travemünde vom 8. September 1906 verboten ist. Die Polizeiorgane sind angewiesen, auf die Innehaltung des Verbots streng zu achten und Zuwiderhandelnde unnaßsichtlich zur Bestrafung zu bringen.

Lübeck, den 8. Juli 1922.

Das Polizeiamt.

Gef. ein Morgen- oder Tagesmädchen, Schwartzau, Lübecker Straße 62. (4390)

Zu sof. Aufnahme außer der Schulzeit b. gut. Lohn. R. Lübeck, Königstr. 41

Erprobter Maurerpolier such Stellung. Ang. u. 277 a. d. Exp. (4399)

Zu verk. Sport-Anzug (Mantel, Or. 52). (4403) Steinrader Weg 21, pt.

Kinderwagen, verkauft. (4413) Fröh-Neuterstr. 7 (Keller).

4 getragene Fracks und Outwagens billig. (4398) Greveradenstr. 12, I. r.

1 Blotwagen, 1 Ra- 2 Ziegenlämm (4W.), 2 nischenfall, billig. (4410) Brandenb. Chaussee 9. Marlesgrube 49. pt. (4415)

Achtung! Arbeiter u. Sandleute!

Größte Auswahl in: langjährigigen Stiefeln m. Doppellohle selbstbraue Pilot- u. Dresshosen, festgr. Zoppen, blaue Leinen-Dress- und Khasianzüge, moderne neue und getragene Anzüge, feiner 1 hochfeiner Sommeranzug, prima Ware, für forpulenten Herrn, Militärliefern, Zumper, Mädchenkleider, Damenmäntel, bunte u. weiße Bartheimdecken, hochelegante schwarze und braune Herren- und Damenstiefel, starke Kinderstiefel. (4122)

O. Schröder

Balauerfohr 17. Schuhwaren: 4418 Braune Herren-Stiefel Mk. 710, — Braune Kinderstiefel 27/80 375, — 31/35 450, — Schwarze Herr.-Stiefel, Dam.-Stiefel, Halbschuhe Fr. Lucht, Hürstr. 59.

Umpressen von Herren-Hüten

in moderne Formen, Hutreparaturen, Hutreinerung, Hut-Ziehe

Wahmstraße Nr. 9.

Wir empfehlen unseren Hausfrauen und Töchtern ganz besonders die neuerschienenen illustrierte Schrift: **Praktische Ratschläge für häusliches Waschen, Plätten, Glanzplätten, Färben, Bälken, Reinigen.** Preis 24.— Mark. Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,

Konditorei **Starke** Kaffeehaus Königstr. 25 Teleph. 8860 Täglich von 10 Uhr früh: **Stilles Gebä!** **Künstler-Konzert** ab 4 1/2 Uhr nachm. (4210) Lieferung, aus. d. Hause f. schnellste Erledig.

Der gute Geruch



der feine Gehalt, dazu gehört die Rotfroschgestalt!

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder.

Alleinhersteller Werner & Morf A.-G. Mainz

Bekleidung

Törber & Gohmann
Feine Maßschneiderei,
Fernruf 2119.
Mühlenstraße 32.

J. H. Pein Markt 10/12.
Breite Straße 64/68.
Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten,
Bettfedern, Herren- und Knaben-Garderobe,
Arbeits- und Berufskleidung.

Arbeiter! Arbeitshosen, Kagen, Herren-
u. Jüngl.-Anzüge kauft man
am besten bei **O. Peter**, Glockengießerstr. 81.

F. A. Müller Leinen - Wäsche
Betten
Braut- und Kinder-Ausstattungen.

Heinrich Waller Breite Straße 60
Herrenartikel, Wäsche, Krawatten, Handschuhe,
Hüte.

Ernst Wehde Herrenartikel,
Beckergrube 93.

Hut-Richter Breite Straße 20
Hütstraße 44.
Fernruf 8443. Größte Auswahl. Billigste Preise.



Lübeck
Mühlenstraße 34.

Reserviert für
Franzen & Co. Holstenstr. 21.
Herrenartikel.

J. H. Evers Tuchhandlung.
Beste Bezugsquelle
für Tuche, Anzugstoffe, Paletot- u. Hosenstoffe.
Lieferung auch durch sämtliche Schneider-
meister.

Berta Döhrmann Nchf.
Holstenstraße 13/15.
Spezialhaus für Putz und Modewaren.

Emma Rösch Modeschau
Johannstraße.
Sämtliche Neuheiten in hellen Hüten sind ein-
gestroffen.

D. Wagner Damen- u. Kinderputz
Holstenstraße 8.

Carl Ritter gegründet 1801.
Spezialhaus f. Besatz-
artikel. Fernruf 8578. Breite Straße 28.

Handarbeiten modern, geschmackvoll
und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft
Hitz. Fernruf 8883. Obere Wahnstraße 1.

Richard Haase Breite
Straße 37.
Fernruf 8890. Pelzwaren.

Gebr. Hirschfeld Breite Str. 89/41
Telephon 108.
Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion.

Struve & Baumeister
Damenkonfektion und Kleiderstoffe, Manufaktur-
waren. Breite Straße 58.

August Haerder & Co.
Lübeck. Damen- und Herren-Bekleidung.
Seiden- und Kleiderstoffe. Baumwollwaren.

Joh. Holst Inh. **A. Lüders**
Hütstraße 56. Manufaktur- und Kurzwaren.

Karl Zegelin Johannstraße 11.
Unterzeuge u. Strumpf-
waren. Knabenanzüge usw.

Friedrich Renner, Hütstraße 43. Fernr. 2962.
Feine Herren- Maß- Schneiderei. Lager in- und
ausländischer Stoffe.

W. Rämle Johannstraße 16.
Korssets jeder Art.
C. G. Torkuhl
Fünfhaus 12. Wäsche-
aussteuer. Herr.-Artikel.

„Favorit“, Inh. A. Klaus
jetzt Rühbrook 7. Schnei-
derei, Reinig., Färberei,
Stopperei, angem. Preis.
Annahme v. Aufträgen. Jo-
hannisstr. 7, i. Milchlad.

J. U. Kröger Gegr. 1782.
Fernruf 1.
Travemünde, Torstraße 1. Kolonialwaren, Brenn-
materialien.

J. Rickman, Travemünde
Fernruf 110. Kurgartenstraße 69/71.
Kolonialwaren. Brennmaterialien.

Geschäftliche Rundschau
und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan

**Möbel und
Dekoration** **F. Klotzen**,
Königstraße 65/67.
Möbel u. Dekorationen.

Boldts Möbellager
Herren-, Speise-, Schlafzimmer und Küchen-
einrichtungen. Fischergrube 25/27.

Johann Pamperin
Inh. Hermann Bützow. Moderne Inneneinrich-
tungen. Lübeck, Fernspr. 8638, Mühlenstr. 47.

**Lübecker Stahlfeder-
Matratzen-Fabrik** Inh.
Carl Mühlke jr.
Fernruf 3282. Hundestraße 54.

Carl Folkers Wohnungs-
Ausstattungs-geschäft.
Marlesgrube 29/25 und 28/32. Fernruf 2784.

Karl A. F. Westphal
Spezialgeschäft für Teppiche, Gardinen, Möbel-
stoffe usw. Untertrave 114/15, l., Ecke Holstenstr.

Ludwig Möller Mühlen-
straße 45.
Kunsthandlung, Kunstausstellung, Rahmenfabrik.

Gebrüder Heick
Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 351. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Rehm, Beckergrube
18.
Fernsprecher 8601.

Friedr. Matz Inh. **Paul
Engelbrecht**.
Tapeten- und Teppich-Lager. Innendekoration.
Lübeck, Breite Straße 14. Fernsprecher 9076.
Gegründet 1808.

Eugen Zangerl Tapetenlager
Breite Straße 53, l.

**Lübeck-Büchener-Eisenbahn-
Gesellschaft**

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg				Büchen				Eutin				Travemünde			
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Hamburg	Lübeck	Büchen	Lübeck	Hamburg	Lübeck	Eutin	Lübeck	Travemünde	Strand	Hilendorf	Lübeck	Hamburg
5:45	7:25	5:30	7:05	8:00	9:12	6:54	7:43	7:15	8:12	6:15	7:22	5:22W	6:01	6:11	6:52
7:40W	8:50	7:00	8:44	1:00	2:47	1:145	1:00	9:47*	10:45	8:25	9:15	8:15	9:00	9:52	9:54
7:47	9:21	7:50	9:55	4:15			*1:29	12:18	1:09	12:24*	1:21	9:42W	10:11	10:16	10:41
9:30D	10:38	9:20	10:21	5:50	6:52	3:27	4:45	1:42	D 2:25	3:55	D 4:12	1:35	2:02	2:05	2:17
11:08	12:28	8:30	D 9:21	9:55	10:58	7:22	8:45	2:00	2:58	7:44	S 8:24	2:07	2:47	2:52	3:17
1:35	2:55	8:40	D 9:57					2:20	2:58	7:44	S 8:24	4:28W	4:50	4:55	5:17
3:44	5:02	10:17	11:54					7:33	8:37	8:08	9:18	5:52	7:30	7:35	8:00
4:17	5:35	12:22	1:58					9:25	10:05	10:10		6:52	10:05	10:10	
7:18D	8:28	3:10	4:17									Hilendorf	Travemünde	Lübeck	
7:22	9:02	3:10	4:17									ab Strand	ab Stadt	ab an	
8:30D	9:18	5:16	5:16									6:50V	6:50	6:55	7:31
9:30	10:47	5:16	6:44									10:09	10:30	10:35	10:59
9:35	11:17	6:50	7:22									11:00	11:15	11:39	12:10
10:25	11:37	7:28	9:05									2:27	2:59	2:57	3:30
		9:02	10:25									6:10	6:28	6:38	7:08
		9:02	10:25									—	7:51	7:55	8:37
		11:12	1:02									8:25	8:47	8:52	9:21
												9:20	9:46	9:50	10:19
												—	10:30	10:35	11:11

* Star bis auf weiteres.
Hilendorf Travemünde Lübeck
ab Strand ab Stadt ab an
6:50V 6:50 6:55 7:31
10:09 10:30 10:35 10:59
11:00 11:15 11:39 12:10
2:27 2:59 2:57 3:30
6:10 6:28 6:38 7:08
— 7:51 7:55 8:37
8:25 8:47 8:52 9:21
9:20 9:46 9:50 10:19
— 10:30 10:35 11:11

Wullbrandt & Co., G. m. b. H.
Rosengarten 10. Kanalstraße 83. Fernruf 8497. **Kohlen, Koks, Briketts.**

Erich Schauer, König-
str. 45. Emaille-, Alum-
haus- u. Küchengeräte.
Stempel-Weichert,
Burgwitz Nachf., Becker-
grube 15.
Haase und Felie
kauft Hartengrube 5
R. Lissauer

Allgemeines
Hut-Ziele
Panamahut-Wäscherei
Blumen
-Krause. Fernruf 14 80.
Beckergrube 8.

Hans Köster Ingenieur.
Techn. Bureau.
Elektr. Licht- u. Kraftanlagen. Beleuchtungskörper.
für Schule und Technik.
Zeichen-Artikel
Seyler u. Liebig, Beckergrube 2.
Meermann & Erdmann, Spezialhaus
für Schreib- u. sonstige Büromaschinen.
Fernruf 1870. Breite Straße 53, l.

H. Mecklenburg & Co.
Fernruf 99 und 292. Mengstraße 82.
Pack- und Pergamentpapier.

Joh. Möller Orthopädisches Maß-
geschäft.
Fernruf 1552. St. Annenstraße 19.

Dr. med. H. Wolfermann & Co.
Bruchbänder, Leibbänder, sämtliche Artikel zur
Krankpflege. Fernruf 8225. Beckergrube 2.

Heinr. Pagels Breite Str. 91/53.
Hütstr. 6/16.
Für Siedler große Auswahl: in Oelen,
Herden, Waschlösseln, Toiletten, Badewannen,
Wand- und Fußbodenplatten, Fabrikat Villeroy &
Boch.

J. F. B. Grube Am Markt u.
Kohlmarkt 5.
Eisenwaren, Kasse- und Küchengeräte.

Ernst Boie, Kanalstraße 24.
Versicherungen aller Art.

Otto Longuet Uebernahme v.
Führungs-
jeder Art. Fernruf 8925. Denkwardstraße 15/19.

Ernst Haukohl Mühlenstraße 49.
Glas, Porzellan, Hausstandssachen. Braune irdene
Waren.

Deecke & Boldemann
Wahnstraße 18. Versicherungen aller Art.

Ludwig Malzahn Haus-
und Hypothekmakler.

Lübecker Badeanstalt
Fernruf 1243. Hütstraße 130. Elektr. u. sämtl.
medizinische Bäder. Römische von 3 bis 6 Uhr.
Dienstag und Freitag für Damen.

Heinrich Bade Vertreter von Diamant-,
Presto- u. Mars-Fahrrädern. Reparaturen. Fahr-
rad- u. Nähmaschinenhandlung. Mühlenbrücke 2a.

B. Glogner & Co. Kanal-
str. 92/84.
Eisen, Stahl, Schrot, Metalle.

Selig L. Cohn Fernruf 2158.
Wahnstr. 62.
Roßprodukte, Eisen, Metalle.

F. Erdmann Glockengießerstr. 61. F. 2751.
Ankauf von Rohprodukten, Eisen, Metallen, Akten,
Geschäftsbüchern zum Einstampfen.

Hermann Richelsen
Lübeck, Sandstraße 16. Aussteuer-Magazin für
Fluss und Küche, Glas, Porzellan, Luxuswaren.

Friedrich Michael Samenhandlung
Breite Straße 23.

Grabmäler billigst. **Ludwig Bruhn**,
Grenz- und Marmorwerk.
J. Ruhland Lübecker Kunststeinwerke.
Grabmäler, Bauartikel. Falkenstraße.

Banken u. Industrie

Bankhaus Fritz Kiemstedt
Kommandit-Gesellschaft, Lübeck, Holstenstraße 5.
Fernsprecher 8173, 983. Telegr.-Adr.: Nordbank.
Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Ham-
burg 82658. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte.

**Louis Wolff, Komm.-Ges.
Bank.**

**Alfons Frank & Co.
Bank.**

**Vorschuß- und Spar-Vereins-
Bank in Lübeck** Fleischhauerstr. 17-19.
Reichsbank Giro-Konto.
Postscheck-Konto Hamburg 915.
Fernsprecher 832, 8651, 8652.

Reserviert für
Lubeca-Werke

Vereinsbrauerei Walkmühle
H. Lück. Fernruf 284. Lagerbier, Pilsner, Porter.

B. Löt, Bohr, Leim. neu
verw. m. d. Blechp. „Hansa“
A. Röhrich Holstenstr. 2.
Eck. Schlüsselb. Zigarren,
Zigaretten, Tabak. F. 274.

Lübecker Kautabak
von **Chr. Floto**. Zu haben in allen ein-
schlagigen Geschäften.

Wieghorst & Jasper
Inh. C. A. Jasper, Geibelplatz 4, Fernsprecher 518.
Fabriklager d. Tabakfabr. Arnold Böninger, Duis-
burg. Verk. z. Fabrikpr. nur an Wiederverkäufer.

Hermann Wieghorst Am Markt,
Ecke Weiter
Krambuden. Zigarren, Zigaretten, Tabake.

Karl Jenßen Zigarren-Spezialhaus.
An der Mauer 34,
Ecke Hütstraße. Mittlere Preise, gute Ware.

Heinrich Kähler Dornestraße 5
Tabak, Zigarren und Kolonialwaren.

Installation mech. Werkstätten
Bentzen
Wasserverbereitungen
Lübeck, Mühlenstraße 33/35
Telephon 2100

Ernst Püstow Elektrische Anlagen.
F. 8589. Mühlenstr. 71.

Carl Jense Elektromechanische Werk-
statt. Hütstr., Ecke König-
straße. Musikwaren. Eigene Zahnradfräseerei.

Neu versilb. w. alte Metallgegenst. bei Gegenzahlg.
v. altem Silber. **Joach. Fokuhl**, Mühlenstr. 77.

Franz Heitzer Klempnerei, Installation. Fackeln.
Allee 48. Beleuchtungs- u. Hausstandss. F. 2908.

Schwartau
Geertz Hotel am Riesebusch.
Jed. Sonntag Konzert.

Uhren, Goldwaren große
preiswerte Auswahl. Trauringe. Eigene Reparatur-
Werkstatt. **Brüggemann**, Schwartau, Markt 18.

Ernst Blöcker am Markt. Kolonial-
u. Eisenwaren, Haus-
standsartikel und Porzellan.

Fahrzeuge u. Nähmaschinen
G. m. b. H. Eutiner Straße 1.

Meierei Eitel Meiereiprodukte.
F. 2144. Schulstr. 1.

Küchmitz u. Schlutup
Bäckerei u. Konditorei
Heinrich Rau, Küchmitz.

Karl Schumann, Malermeister, Küchmitz.
Ausführ. sämtl. Malerarbeiten, einfach u. bess. Art.

Gasthof „Stadt Lübeck“
Inh.: **Ernst Faase**, Küchmitz.

Kaufhaus Max Kankel
Schlutup.
Willi Richter, Schlutup, Lübecker Str. 19.
Uhren. Reparaturwerkstätte.
Bäckerei und Konditorei Herm. Haase
Schlutup, Lübecker Straße 46.
Otto Liebenow Uhr- u. Goldw.
Schlutup. **Heinrich Thielbahr**,
Zigarren, Zigaretten, Tabak. Farben, Kolonialwaren.